

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1916**

117 (19.5.1916)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: 1 Pf. 10. Ausgabe: 1 Pf. 10. Geschäftsstelle: 1 Pf. 10.

Verlag: 1 Pf. 10. Geschäftsstelle: 1 Pf. 10.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger.

### Zwischenhandel.

Von Julius Kaliski.

Zur Ehrenrettung der Montenegriner hat einmal der „Simphizianus“ vor dem Kriege erzählt, daß die Geschäfte über die zahlreichen Sammelbühnen im Land der schwarzen Berge stark übertrieben wären, denn in Montenegro sei im Wirklichkeit nur ein Sammel vorhanden, der von Hand zu Hand gehe. Dieses montenegrinische Gesellschaftsspiel wird von einem Teil des Handels eifrig gepflegt, ein und derselbe Stoffen Ware geht durch eine große Zahl von Händen, von denen jede Zwischenhandlungsgebinne nimmt, bis der Endpreis schließlich nicht mehr steigertungsfähig zu sein scheint. Vor Monaten schon berichtete ich auf Grund einwandfreier Feststellungen über den Weg, den zwei dieser Geschäfte genommen haben. Von einem Baumwollstoff, den ein Warenhaus an die Detailkundschaft zum Preise von 48 Pf. vertrieben hatte, erwarb ein Händler zum Preise von 55 Pf. ein größeres Quantum, das er mit 69 Pf. verkaufte; bald darauf bezog das Warenhaus die von ihm mit 55 Pf. abgegebene Ware wieder mit 78 Pf. Noch bewogter war das Schicksal eines Postens Zerkelwurst. Im Kleinhandel wurde die Wurst mit 2,35 Mk. vertrieben, die zu 1,90 Mk. von einem Großhändler gekauft worden war. Der Großhändler hatte die Wurst für 1,60 Mk. von einem Agenten, der Agent für 1,45 Mk. von einem Großhändler, der Großhändler für 1,16 Mk. von einem Agenten gekauft und dieser hatte sie durch Vermittlung eines Hamburger Importeurs aus Schweden bezogen. Was der Hersteller für die Wurst erhalten hatte, war überhaupt nicht zu ermitteln. Ohne Zweifel haben wir es hier nicht mit Ausnahmen zu tun, auf zahlreichen Märkten sind diese vielverhängenen Fäden der Preisbildung zur ständigen Erscheinung geworden.

Einnützig ist in den Blättern der verschiedensten Richtungen in den letzten Tagen ein energisches Einschreiten gegen die Wirtschaft der Großhändler gefordert worden. Es wurde auf die Anzeigen der großen Inzeratensblätter hingewiesen, in denen von einzelnen Firmen massenhafte Waren der verschiedensten Art angeboten werden. Ob die offerierten Waren sich immer in den Händen der Leute befinden, die sie ausboten, dürfte mehr als fraglich sein. Vielfach handelt es sich wohl um die Verjuden, feste Kaufangebote zu erhalten, auf die hin der angelegliche Verkäufer der Waren sie erst zu befragen versucht wird. Daß auch dieses Verfahren dazu angetan ist, die maßlosen Preistreiber noch zu verschärfen, bedarf keiner Betonung. Großhändler und überflüssige Zwischenhändler schließen natürlich einander nicht aus, sie gehören im Gegenteil zumeist zusammen. Ihren Ausschreitungen zu begegnen, bedarf es der gleichen Mittel. Wie die eben angeführten Beispiele der Preisbildung bereits ergaben, wird die einzelne Zwischenhandlung oft mit einem Zwischenverdienst begnügt, der an sich nicht wucherisch zu sein braucht, der Wucher erst dann eintritt, wenn die auf dem Wege zwischen Hersteller und Verbraucher in so zahlreichen Fällen genommen werden. Also Wucherbestimmungen, wie ichard sie immer sein mögen, werden zur Unterdrückung dieser im höchsten Grade gemeingefährlichen Machenschaften in der Regel verlagert. Auch hier sind Maßnahmen erforderlich, um den Warenhandel zu vereinfachen, die überflüssigen Zwischenglieder auszuschalten. Entsprechende Einrichtungen sollten vor allem für den Verkehr mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Gebrauchsgüter ins Leben gerufen werden.

Je kleiner durch die kriegswirtschaftliche Gesetzgebung der Kreis der Handelsobjekte wurde, um so größer wurde der Kreis der Händler, der sich auf dem verengten Gebiete betätigt. Der Zuzug von spekulativen Elementen aller Art hat die Sitten nicht verebelt, die Rücksichtslosigkeit der Geschäftshandhabung wächst auch, je stärker das Händlertum hervortritt, das sich nur vorübergehend auf einem bestimmten Gebiet tummelt und auf spätere Verbindungen mit einer erworbenen Kundschaft gar nicht rechnet. Von dem Inhaber einer Lebensmittel-Detailfirma ist in der „Frankfurter Zeitung“ ein glattes Verbot des überflüssigen Zwischenhandels verlangt worden, bei der Frankfurter Preisprüfungsstelle ist auch ein Antrag in dem Sinne eingebracht worden, daß im Inland hergestellte Waren vom Produzenten nur an einen Großhändler, von diesem nur an einen Kleinhändler oder Kommunalverband, Konsumvereine usw. abgegeben werden dürfen, und daß der Kleinhändler seinerseits verpflichtet ist, ausschließlich an die Verbraucher zu verkaufen.

Zur Begründung dieses Antrages, der natürlich nicht zu verbieten beabsichtigt, daß der Produzent auch unter Ausschaltung des Großhandels direkt an Kleinhändler, Kommunalverbände oder Konsumvereine verkauft, wird auf Verhältnisse im Konsumhandel hingewiesen, die eine Untersuchung der Frankfurter Preisprüfungsstelle ergab. Von Spekulanten wurde für Schnittbrot 1,20 bis 1,25 Mk. für die 1 Kilo-Dose, Spinat 82 bis 84 Pf. für die 1 Kilo-Dose, Brechbohnen 1,21 bis 1,30 Mk. für die 1 Kilo-Dose ohne Riste, ab Station verlangt. Die Preise, zu denen ursprünglich die Fabriken veräußerten, waren 35 bis 50 Pf. für die 1 Kilo-Dose Schnitt- und Brechbohnen und 38 bis 45 Pf. für die 1 Kilo-Dose

Spinat. Einfachheit scheint ein Vorzug der Durchführung dieses Vorschlages zu sein. Aber wenn man nicht alle Erfahrungen, die mit Verordnungen bei der Regelung der Nahrungsmittelversorgung gemacht wurden, vergißt, wird man Zweifel hegen müssen, ob die Ausschaltung des überflüssigen Zwischenhandels mit dem Erlaß der Verordnung auch im Sinne des Frankfurter Antrages eintreten wird. Viel mehr spricht für die Notwendigkeit, durch Organisation eine Kontrolle der Ausschaltungsanordnungen bewirken zu lassen. Vorschläge dieser Art veröffentlichte jüngst die „Deutsche Tageszeitung“. Zur Ausübung des Warenhandels sollte (nach dem Beispiel der Viehhandelsyndikate) nur die Mitgliedschaft von unter staatlicher Aufsicht stehenden Handelsverbänden berechtigen. Ferner dürften alle Abschlässe nur gegen Schlußcheine erfolgen mit dem Zwange zur Einreichung dieser Schlußcheine an die Zentralstellen. Sämtliche Großhändler und Agenten sollen gehalten sein, ihre Bücher, ähnlich wie es jetzt beim Viehhandel eingeführt ist, zu führen, um jederzeit über Herkunft der Ware, Preis, Zwischengewinn, Namen des Abnehmers usw. volle Auskunft geben zu können, wozu ordentliche Geschäftsbücher in der Lage sein müssen.

Ausdrücklich muß hervorgehoben werden, daß Zeitungen aller Parteien die Gefahren, die durch den Zwischenhandel entstanden sind, erkannt und für die Unterbindung der schädlichen Schäden eingetreten sind. Um so besorglicher wirkt es, daß die Zeitungen, die mit erfreulicher Entscheidung diese Auffassung vertreten, ihre Ablehnung der Warenumsatzsteuer-Vorschläge damit glauben begründen zu können, daß die Umsatzsteuer dazu beitragen würde, den Umfang des Zwischenhandels einzuschränken. Mit solchen Drohungen sollte man doch nicht annehmen dürfen. Schreden hervorzurufen zu können, wenn man selbst beweist, wie verberblich eine läppige Entlastung des Zwischenhandels gewirkt hat und noch wirkt. Lebhaft sind verschiedene Gruppen des Kleinhandels bemüht, durch Zusammenschluß und Bildung von Einkaufsgesellschaften ihre Stellung im Wirtschaftsleben zu befestigen. An sich sind diese Bestrebungen nicht neu, sie werden gegenwärtig noch energischer und in umfassenderer Weise als früher betrieben, um einer Ausschaltung entgegenzuwirken.

Auch der Großhandel schloß sich verschiedentlich zusammen, weil durch die Bildung von staatlichen Monopolen, auch wenn sie vorläufig nur zu kriegswirtschaftlichen Zwecken erfolgten, von der Mitwirkung bei dem Vertrieb nicht ausgeschlossen werden wollte. Unter der Herrschaft staatlicher Monopole wird die Geschäftsverbindung mit allen bestehenden Firmen unmöglich, selbst wenn zur möglichst umfangreichen Aufrechterhaltung der direkten Geschäftsbeziehungen der beste Wille besteht. Hier kann durch Bildung einer Zentralstelle der beteiligten Firmen, die so ausgestattet ist, daß sie für die ihr angeschlossenen Mitglieder große Geschäfte verbindlich abzuschließen in der Lage ist, dem Handel immerhin ein beträchtliches Tätigkeitsfeld gesichert werden, auch wenn der Vertrieb der in Betracht kommenden Waren durch zwingende Bestimmungen einheitlich geregelt ist. Für den Kleinhandel gilt das gleiche Gesetz, vermag er die Kraft aufzubringen, die zur Schaffung finanziell und organisatorisch leistungsfähiger Gebilde dieser Art unentbehrlich ist, dann wird ihm niemand seine Existenzberechtigung abzuspochen unternehmen. Von den Konsumvereinen mit der Großverkaufsgesellschaft an der Spitze ist der beste Weg zur Lösung beschritten worden, die Konsumvereinsbewegung zeigt, wie der Vertrieb von Lebensmitteln und anderen Verbrauchsartikeln organisiert werden kann, ein Vertrieb, der seine Aufgabe um so besser erfüllen wird, je enger die Betriebsorganisationen mit den Produzentenverbänden zusammenarbeiten.

### Helfferich und Waldow.

Die beiden Männer, die den aus dem Amte geschiedenen Staatssekretär Delbrück ersetzen sollen, sind noch nicht ernannt. Aber aus dem Gedränge der Gestalten, die in der Presse als die kommenden Männer genannt werden, sind zwei weit in den Vordergrund getreten, der gegenwärtige Leiter des Reichsfinanzamtes Helfferich und der Oberpräsident der Provinz Pommern v. Waldow. Man nimmt vielfach an, daß dem ersten das Amt eines Vizekanzlers und Staatssekretärs des Innern übertragen werden soll, während der zweite unter Assistenz eines Generals die geplante „Lebensmitteldiktatur“ übernehmen wird.

Herr Helfferich steckt indessen noch mitten in der Steuerarbeit. Er kann sie nicht liegen lassen, um in ein neues Amt hinüberzuspringen, ohne das alte im größten Wirrwarr zurückzulassen. Wird an seiner Kandidatur festgehalten, so wird mit der Ernennung wohl solange getarnt werden müssen, bis die Steuern aus dem Größten heraus sind. Nach allem bisher Erlebten wird in den Augen eines großen Teils der Bevölkerung das von Helfferich bisher Geleistete auch nicht als eine Empfehlung für das neue Amt erscheinen. Die

„einmalige Vermögenssteuer“, die nach neueren Nachrichten Herr Helfferich neben der Kriegsgewinnsteuer herbeiführen will — nicht um die indirekten Steuern zu ersetzen, sondern um sie durchzubringen — kann an dem Urteil nichts ändern, daß der mit so viel Hoffnungen beglückte Schatzkeller in der Steuerfrage verjagt hat.

Kann es für die Zukunft der deutschen Finanzwirtschaft vielleicht ein Vorteil sein, wenn ihre Leitung in andere Hände übergeht, so entsteht die Frage, was von Herrn Helfferich in seinem neuen Amt zu erwarten ist. Mit der Regulierung des Lebensmittelmarktes wird er nach den jetzt bestehenden Plänen ja nichts mehr zu tun haben. Bleibt die allgemeine Unterfertigung des Reichsfinanzers auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, die Sozialpolitik und die Vorbereitung des handelspolitischen Friedenszustandes.

Es ist nicht anzunehmen, daß sich Helfferich von der auswärtigen Politik soweit entfernt halten würde wie sein Vorgänger. Dazu sind die Kenntnisse, die er sich als Bankdirektor auf diesem Gebiet erworben hat, zu groß, ist sein Interesse an diesen Dingen zu lebhaft. An den Verhandlungen, die seinerzeit geführt wurden, um zwischen England und Deutschland zu einem friedlichen Abkommen über Afrika und Mesopotamien zu gelangen — das Abkommen war bekanntlich vor Ausbruch des Weltkrieges so gut wie fertig — war er lebhaft beteiligt. Nach Kriegsausbruch ließ er dann eine Broschüre über die Kriegsurkunden erscheinen, die zuerst in der „Nordd. Allg. Ztg.“ abgedruckt wurde und deren augenscheinlicher Zweck war, die frühere auf eine Verständigung mit England gerichtete Regierungspolitik zu verteidigen. Denn im Gegensatz zu einer sonst weit verbreiteten Meinung erschien hier nicht England, sondern Rußland als der eigentliche Urheber des Weltkrieges. England aber nur als der von Rußland Geschobene. Die sozialdemokratische Presse hat damals Helfferichs Broschüre als Beweismittel dafür herangezogen können, daß der Krieg zwischen Deutschland und England nicht bis zum Weißbluten geführt werden müsse.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik ist Herr Helfferich dagegen ein vollkommener Neuling, er würde die dort zu leistende Arbeit wahrscheinlich gern seiner Bureaokratie überlassen. Das Verständnis für die ungeheure wichtige Frage der Stellenvermittlung und der Arbeitslosenversicherung, überhaupt der Maßregeln, die zur Ueberleitung in den Friedenszustand notwendig sind, muß ihm erst vom Reichstag und den Geheimräten beigebracht werden. Goffentlich erweist er sich für die gedeihliche Lösung dieser Frage wenigstens nicht als ein Hindernis.

Als Leiter und Verbreiter der künftigen Handelspolitik würde der einstige Bankmann von den Agrariern mit Mißtrauen aufgenommen werden. Ob er dieses Mißtrauen rechtfertigen oder ob er sich im Gegenteil — wie wir es an anderen als „liberal“ beschriebenen Ministern erlebt haben — bemühen würde, es zu entkräften, steht dahin. Einstweilen hat die Handelspolitik als auswärtige Wirtschaftspolitik wenig zu bedeuten; die innere Wirtschaftspolitik aber, auf die wir jetzt angewiesen sind, wird nicht von ihm, sondern vom kommenden „Lebensmitteldiktator“ geleitet werden.

Herr v. Waldow, der für diesen Posten in Aussicht genommen sein soll, ist ein strammer Konservativer. Gegen seine Kandidatur unternimmt das „Berl. Tagebl.“ einen lebhaften Vorstoß, indem es an seine Polenpolitik als Oberpräsident von Posen erinnert und ihn als den Vertrauensmann der konservativen Agrarier bezeichnet. Sonst wird er als ein Mann von rücksichtsloser Energie geschildert — aber was hilft uns diese Energie, wenn sie sich an der Quelle der Nahrungsmittelversorgung, in der landwirtschaftlichen Produktion, nicht erfolgreich durchsetzen sollte? Männer, die mit einseitigem Verständnis für die Interessen bestimmter Erwerbsstände belastet sind — mag es nun den Handel oder das landwirtschaftliche Arbeitgebertum sein — wären für die heutige Zeit, die den weitesten Blick für allgemeine Volksinteressen erfordert, sicher nicht die richtigen Männer. Und gerade bei der gegenwärtig herrschenden Stimmung wäre es dringend notwendig, daß auf den Platz des „Lebensmitteldiktator“ ein Mann gesetzt wird, der nicht von vornherein vom Volk mit Mißtrauen aufgenommen wird. Natürlich hätte auch v. Waldow trotzdem das Recht, nur nach seinen Taten beurteilt zu werden.

Die Lösung von Personenfragen, wie sie durch den Rücktritt Delbrücks ins Rollen gekommen sind, ist für den Reichsfinanzler gewiß voll Schwierigkeiten. Man wird sich dieser Schwierigkeiten erinnern, wenn einmal die Erörterung der Frage aktuell wird, welches Regierungssystem dem Staat den besten Nachwuchs an tüchtigen Kräften sichert. Wir erinnern, daß wir in dieser Beziehung heutzutage an keinem Ueberfluß leiden und daß das Reich seine bisherigen Erfolge weniger als einzelnen hervorragenden Persönlichkeiten der allgemeinen durchschnittlichen Volkstüchtigkeit verdankt. Auf diese Tüchtigkeit werden wir uns weiter verlassen, aus ihrem Boden werden später einmal auch die Männer wachsen, die man heute mit der Laterne sucht.

### Zum Beschluß der Reichstagskommission über die Erhöhung der Waisenrenten.

Von einem Sachverständigen wird uns geschrieben: In der Tagespresse von Samstag den 13. Mai wird mitgeteilt, daß die Kommission zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Alters- und Waisenrente in der Reichsversicherungsordnung, nach Ablehnung weitergehender sozialdemokratischer Anträge einen Zentrumsantrag einstimmig annahm, wonach für jede zweite und folgende Witwe innerhalb eines jeden Waisenstammes drei Zwanzigstel des Grundbetrages und der Steigerungssätze der Invalidenrente, die der verstorbene Ernährer zur Zeit seines Todes bezog oder bei Invalidität bezogen hätte, gewährt werden sollen. Schon zuvor war einstimmig beschloffen worden, die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen. Das letztere war anzunehmen, nachdem ein früherer Beschluß des Reichstags diese Herabsetzung ausdrücklich gefordert hatte. Anders liegt es jedoch mit dem oben zuerst erwähnten Beschluß über die Erhöhung der Waisenrente.

Nach dem geltenden Recht der Reichsversicherungsordnung stellt sich der Anteil der Versicherungsträger an der Waisenrente für die erste Witwe auf drei Zwanzigstel, für jede weitere Witwe eines Waisenstammes auf ein Vierzigstel des oben bezeichneten Grundbetrages und der Steigerungssätze. Dieses letzterwähnte Vierzigstel sollte nach dem Entwurf auf ein Drei Zwanzigstel und nach dem Beschluß der Kommission nun auf drei Zwanzigstel gebracht werden. Für alle Waisen würde der Betrag der Rente dann gleich sein. Zu diesen drei Zwanzigsteln, die von den Versicherungsträgern zu tragen sind, kommt dann der Reichszuschuß, der für jede Rente 25 Mk. pro Jahr beträgt.

Im ersten Augenblick kann die Erhöhung der Waisenrente für die zweite und weitere Waisen von einem Vierzigstel auf drei Zwanzigstel als recht erheblich angesehen werden; der Anteil der Versicherungsträger an der Rente wird um das Sechsfache erhöht. Die Erhöhung ist jedoch im ziffernmäßigen Betrage nur ganz gering. Wenn der verstorbene Ernährer zur Zeit seines Todes 500 Beitragswochen versichert gewesen ist — von einem solchen Beispiel geht auch die Begründung des neuen Entwurfs aus — so würde sich die Waisenrente ohne den Reichszuschuß von 25 Mark in den fünf Beitragsklassen der Invalidenversicherung stellen auf 9,90, 12,30, 14,40, 16,50 und 18,60 Mark jährlich. Für die erste Witwe eines jeden Waisenstammes stellt sich heute schon die Rente auf diesen Betrag, für die zweite und dritte und weitere Witwe auf den sechsten Teil davon. Man kann also ermessen, wie gering diese Renten — man kann überhaupt kaum von Renten sprechen — bisher waren. Noch jetzt, unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Reichstagskommission, sind sie ja so minimal, daß sie einschließlich des Reichszuschusses im Durchschnitt nur den sechsten Teil der Sätze erreichen, die heute von einer größeren Stadt für im Wege der Armenpflege untergebrachte Kinder gezahlt werden.

Wenn man annimmt, daß die neuen Sätze schon 1914, für welches Jahr die letzte amtliche Statistik vorliegt, gegolten hätten, würde der von den Landesversicherungsanstalten aufzubringende Teil der Waisenrenten sich statt auf 554 688 Mk. auf 971 200 Mk. gestellt haben. Da nun eine Waisenrente auf Jahre hinaus läuft und die amtliche Statistik den Kapitalwert der Waisenrenten auf das 6,4fache des Jahresbetrages berechnet, wäre der Kapitalwert der Waisenrenten 6 215 680 Mk. gewesen.

Der Kapitalwert der gesamten Hinterbliebenenrenten und der einmaligen Leistungen der sich unter der Annahme der neuen Sätze für die Waisenrenten im Jahre 1914 insgesamt ergeben hätte, betrüge nach folgender Uebersicht:

für die Witwen-(Witwer-)renten	3 007 633 Mk.
Witwenfrankenrenten	11 398 Mk.
Waisenrenten	6 215 680 Mk.
Wittwengelder	289 698 Mk.
Waisenaußenrenten	8 766 Mk.
<b>zusammen</b>	<b>9 533 175 Mk.</b>

Nun sind jedoch 1914 allein zum Zwecke der Hinterbliebenenversicherung 52 307 500 Mk. vereinbart worden. Dieser Summe müssen jedoch noch der Betrag der nach dem früheren Recht des Invalidenversicherungsgesetzes zu zahlenden Beitragsentlastung, die mit der Einführung der Hinterbliebenenversicherung in Fortfall gekommen ist, in der wahrscheinlichsten Höhe von 11 Millionen und weiter auch die Zins-einnahmen hinzuerechnet werden. Es würden dann 1914 mindestens 64 Millionen Mark für die Zwecke der Invalidenversicherung zur Verfügung gestanden haben. Demgegenüber liegt nun die wirkliche Belastung mit etwas über 9,5 Millionen Mark. Wohlgerne unter der Annahme, daß die jetzt vom Reichstag beschlossene Erhöhung schon in Kraft gewesen wäre.

Es bedarf ja keines Wortes darüber, daß sich unsere Genossen im Reichstag bemühen werden, eine weitere Erhöhung der Hinterbliebenenbezüge durchzusetzen. Die in der ersten Sitzung der Kommission abgelehnten Anträge werden ohne Frage wiederholt werden. Daß man in der Reichstagskommission diese Anträge ablehnen konnte, ist ganz unverständlich, wo sich so klar ziffernmäßig nachweisen läßt, daß der lediglich für Zwecke der Hinterbliebenenversicherung geschätzten Erhöhung der Beiträge von 2, 4, 6, 8 und 10 Pfg. pro Woche auch nicht im entferntesten eine ausgleichende Gegenleistung gegenübersteht. Hier können die Vertreter der bürgerlichen Parteien durch die Tat beweisen, daß ihnen das Wohl der Hinterbliebenen wirklich am Herzen liegt. Noch ist es nicht zu spät dazu. Noch wollen wir annehmen, daß sie die minimale ziffernmäßige Wirkung der beschlossenen Erhöhung nicht erkannt haben. Wir appellieren an die nun besser unterrichtete Kommission.

### Zum Fall Liebknecht

Schreibt Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“:

„Man begeht wohl keinen Irrtum, wenn man sagt, daß wenigstens einigen von den linksliberalen Reichstagsabgeordneten das Biotum, das sie in der Liebknechtfrage abgegeben haben, schwer auf dem Magen liegt. Warum in aller Welt haben Männer, die doch klarsehend und in ihren Ueberzeugungen gefestigt sind, sich diese Nachsichtsbekunden nicht erspart? Wegen Massensuggestion und gegen das Geschwätz der Heimtückler muß man im zweiundzwanzigsten Kriegesmonat nachgerade gewappnet sein. Und die Verletzung des Grundgesetzes, der die

Unantastbarkeit des Volksvertreters ausgesprochen ist, doch keine Bagatelle, sondern eine ungemein ernste Angelegenheit. Liebknecht erscheint auch denjenigen von uns, die nicht die vorgeschriebenen Meinungen und Thesen akzeptieren und sich jegliche Freiheit der Kritik vorbehalten, nicht als ein ausgetriebener Gesandter. Giordano Bruno sah vermutlich anders aus. Niemand hat man den Eindruck, daß Liebknecht seinen Weg stark und sicher wie ein Mann gehe, und immer wirkt er trübhaft. Seine Reden sind ohne Ueberlegenheit, seine sapsige Unruhe ist nicht leidenschaftlich, sondern nervös. Es wäre keine Sünde wider den Geist gewesen, hätte man bei der stenographischen Wiedergabe der letzten Reichstagsrede nicht seine sämtlichen Zwischenrufe erwähnt. Aber das Prinzip der Immunität gehört zu den sehr wenigen Garantien gegen einen gewalttätigen Nachseingriff, und unter keinen Umständen dürfte man es preisgeben, jezt so wenig wie je. Und es ist unverständlich, warum gerade die Dinte, während die Rechte und das Zentrum befreitigt zuhaben, so belätigungsstoch in den Vordergrund trat. Daher erstattet Bericht, Beschling redet, Hubrich stürzt und Müller-Meinungen haut. Das ist eine etwas reichliche Voraus-gedung bester Manneskraft. Kann man heute mit Bestimmtheit voraussagen, wie sich nach dem Kriege alles gestalten wird? Wer sich nicht verlocken lassen will, hütet sich vor dem ersten Schritt.“

Es ist dies die einzige Stimme, die sich im ganzen bürgerlichen Blätterwald gegen die Preisgabe der Reichstagsrechte erhebt. An der Demonstration haben, wie Hans Leuß in der „Welt am Montag“ feststellt, ganze 20 Personen teilgenommen. Und wie hat man diese Geschichte aufgefaßt? Es fehlte gerade noch, daß man dielethal Liebknecht die Märtyrerkrone aufsetzt. Hoffentlich beurteilt die Militärbehörde den „Fall“ kühler als der Reichstag. Es ist schon mehr als genug Reflekt für L. gemacht worden.

Als Rektor der Universität Tübingen hat sich Professor G a u p p zu seiner Festrede das zeitgemäße Thema gewählt: „Wahn und Irrtum im Leben der Völker“. Er meint: Die Frage, ob es geistige Volkskrankheiten, einen Völkerwahn, gibt, muß die ärztliche Wissenschaft verneinen, während der Kulturhistoriker sie angesichts der Greuel des Segenwahnns, der religiösen, politischen und wirtschaftlichen Völkerverregungen aus Vergangenheit und Gegenwart zu bejahen geneigt ist. Was man Wahn eines Volkes oder Volksteiles nennt, sind Wirkungen der Suggestion, die von Kranken und Gesunden, so leidenschaftlich begeisterten Schwärmern und kühnen Betrügnern ausgeht. Voraussetzung aller Suggestion ist die geistige Lenksamkeit, und diese beruht teils auf allgemeinen dauernden Faktoren (Bildung, Temperament, Phantasie usw.), teils auf besonderen und veränderlichen (allgemeine Zustimmung, Einfluß großer Ereignisse, Zahl und enge Gemeinschaft in der versammelten Menge). Stets handelt es sich um aufgesproßte Ideen, die gläubig übernommen, aber auch leicht wieder abgestreift, nicht wie der Wahn des Verrückten in tiefem, oft schmerzlichen Erleben erzeugt werden.

So grundverschieden die „suggerierte Idee“ vom Wahn eines Geisteskranken ist, kann sie doch gelegentlich in gewissen Epochen der Geschichte eine Macht über die Gemüter ausüben, die dem Wahne des Kranken nicht viel nachzugeben scheint; ihrem Wesen nach ist sie ein forrigierbarer Irrtum, und der Lauf der Geschichte hat immer gezeigt, daß die Korrektur eintritt, sobald die Selbstbesinnung zu ihrem Rechte kommen kann. Die Zahl der Irrtümer, von denen wir die europäische Menschheit heute erfüllt sehen, ist unendlich, und zwar nicht nur bei unseren Feinden, sondern auch bei unserem eigenen Volk; aber der heutige Zustand will für die Lebensbeziehungen der Völker nach dem Kriege gar nichts bejahen. Die hohen Ideale einer über den Nationen stehenden Menschlichkeit, einer reichen, alle Völker umfassenden Weltkultur sind nicht für alle Zukunft ernsthaft gefährdet. Die Leidenschaften der Stunden werden vergehen, die Geistesarbeit der Jahrhunderte wird bestehen. Wichtiger als die Sorge um die künftigen Beziehungen der Völker unserer Erde ist heute der gemeinsame Kampf gegen die verheerende Macht des internationalen Kapitalismus, auf dem der Fluch dieses Weltkrieges ruht, und die klare Befreiung der Völker auf die letzten und höchsten Werte alles menschlichen Seins.

### Wahn und Irrtum der Völker.

Als Rektor der Universität Tübingen hat sich Professor G a u p p zu seiner Festrede das zeitgemäße Thema gewählt: „Wahn und Irrtum im Leben der Völker“. Er meint: Die Frage, ob es geistige Volkskrankheiten, einen Völkerwahn, gibt, muß die ärztliche Wissenschaft verneinen, während der Kulturhistoriker sie angesichts der Greuel des Segenwahnns, der religiösen, politischen und wirtschaftlichen Völkerverregungen aus Vergangenheit und Gegenwart zu bejahen geneigt ist. Was man Wahn eines Volkes oder Volksteiles nennt, sind Wirkungen der Suggestion, die von Kranken und Gesunden, so leidenschaftlich begeisterten Schwärmern und kühnen Betrügnern ausgeht. Voraussetzung aller Suggestion ist die geistige Lenksamkeit, und diese beruht teils auf allgemeinen dauernden Faktoren (Bildung, Temperament, Phantasie usw.), teils auf besonderen und veränderlichen (allgemeine Zustimmung, Einfluß großer Ereignisse, Zahl und enge Gemeinschaft in der versammelten Menge). Stets handelt es sich um aufgesproßte Ideen, die gläubig übernommen, aber auch leicht wieder abgestreift, nicht wie der Wahn des Verrückten in tiefem, oft schmerzlichen Erleben erzeugt werden.

So grundverschieden die „suggerierte Idee“ vom Wahn eines Geisteskranken ist, kann sie doch gelegentlich in gewissen Epochen der Geschichte eine Macht über die Gemüter ausüben, die dem Wahne des Kranken nicht viel nachzugeben scheint; ihrem Wesen nach ist sie ein forrigierbarer Irrtum, und der Lauf der Geschichte hat immer gezeigt, daß die Korrektur eintritt, sobald die Selbstbesinnung zu ihrem Rechte kommen kann. Die Zahl der Irrtümer, von denen wir die europäische Menschheit heute erfüllt sehen, ist unendlich, und zwar nicht nur bei unseren Feinden, sondern auch bei unserem eigenen Volk; aber der heutige Zustand will für die Lebensbeziehungen der Völker nach dem Kriege gar nichts bejahen. Die hohen Ideale einer über den Nationen stehenden Menschlichkeit, einer reichen, alle Völker umfassenden Weltkultur sind nicht für alle Zukunft ernsthaft gefährdet. Die Leidenschaften der Stunden werden vergehen, die Geistesarbeit der Jahrhunderte wird bestehen. Wichtiger als die Sorge um die künftigen Beziehungen der Völker unserer Erde ist heute der gemeinsame Kampf gegen die verheerende Macht des internationalen Kapitalismus, auf dem der Fluch dieses Weltkrieges ruht, und die klare Befreiung der Völker auf die letzten und höchsten Werte alles menschlichen Seins.

### Die Millionengewinne der Lederindustrie.

In einem vor der Strafkammer zu Altona gegen den Lederfabrikanten Wolf Knecht, Inhaber der Firma Knecht Söhne in Elmshorn (Holstein) und gegen den Großhändler Louis Victor in Altona geführten Prozeß wegen Vergehens gegen das Beschlagnahmegesetz erklärte der Angeklagte Knecht den Richtern, daß er bei der Verarbeitung von 18 000 von der Kriegsleidergesellschaft bezogenen Säuten in vier Monaten vier Millionen Mark verdient habe. In der Sache selber handelte es sich darum, daß Knecht von Victor zu einer Zeit, in der er inländische Säute nur noch von der Kriegsleidergesellschaft beziehen durfte, 35 000 Säute das Kilo 40 Pfg. billiger als von der Gesellschaft geliefert bekommen hatte. Als Knecht erfuhr, daß ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet werden sollte, führte er schnell 800 000 Mk. an die Kriegsbeschäftigtenfürsorge ab. Er erfüllte damit eine Verpflichtung, die alle Lederfabrikanten übernehmen müssen, wenn sie von der Kriegsleidergesellschaft beziehen. Die Abgabe wird nach der jeweils bezogenen Gewichtsmenge berechnet. Das Gericht ließ gegen beide Angeklagten weitgehendste Milde walten. Es glaubte beiden, daß sie die einschlägigen Verbotsbestimmungen nicht gekannt hätten (!) und hielt nur schuldhaft Fahrlässigkeit für vorliegend. Bei Victor wurde befristet, daß nicht er, sondern sein im Heeresdienst stehender Sohn das Geschäft, an dem die Firma 60 Pfg. auf das Kilo verdient haben soll, abgeschlossen hat. Knecht, gegen den Staatsanwalt neben einer Geldbuße neun Monate Gefängnis beantragt hatte, wurde zu 1500 Mk. Geldstrafe, Victor zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt! — —

### Tagesbericht der obersten Heeresleitung

W.B. Großes Hauptquartier, 18. Mai. (Amtlich.)  
**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
 Südwestlich von Lens wurden die Handgranatenkämpfe fortgesetzt. Drei weitere französische Angriffe gegen unsere Stellungen auf der Höhe 304 wurden heute früh abgeschlagen. Beim Rückzug über Eines erlitt der Feind in dem überfluteten Gelände schwere Verluste. Es handelte sich diesmal um Verluste einer frischen afrikanischen Division, die aus weißen und farbigen Franzosen gemischt ist.  
 Ein von schwachen feindlichen Kräften unternommener Vorstoß südwestlich des Reichsaderkopfes scheiterte vollkommen.

**Ostlicher Kriegsschauplatz.**  
 Westlich von Krashin wurde ein feindliches Flugzeug abgeschossen.

**Balkan-Kriegsschauplatz.**  
 Keine besonderen Ereignisse.  
 Oberste Heeresleitung.

### Der österreichische Vorstoß in Südtirol. Ueber 900 Italiener gefangen, 18 Geschütze und 18 Maschinengewehre erbeutet.

W.B. Wien, 18. Mai. Amtlich wird verlautbart, 18. Mai, 1916.

**Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.**  
 Nichts von Bedeutung.

**Italienischer Kriegsschauplatz.**  
 An der küstentländischen und Kärntner Front war die Artillerietätigkeit zumeist durch großen Nebel behindert. Südöstlich von Ronfalcone wurde ein Versuch der Italiener, ihre unlängst verlorene Stellung bei Vagni wieder zu gewinnen, abgewiesen. Im Col di Lang-Gebiet scheiterten wiederholte feindliche Angriffe.

In Südtirol nahmen unsere Truppen im Angriff zwischen Asta- und Vain-Tal (Astico und Reno-Tal) den Grenzübergang des Maggio in Besitz, bemächtigten sich nach Ueberwinden des Vain-Tales südöstlich Plazer (Piazzo) der Costa Bella und schlugen südöstlich von Moschero auf der Jugna Torta mehrere feindliche Gegenangriffe ab. Der gestrige Tag brachte

900 weitere Gefangen, darunter 12 Offiziere und eine Beute von 18 Geschützen und 18 Maschinengewehren ein.

Die Berichte des italienischen Generalstabes vom 16. und 17. d. M. behaupten, unsere Verluste in diesen Kämpfen seien „schrecklich“ und „ungeheuer“ gewesen. Diese Angaben, die den Eindruck des Rückzuges abzuwachen wollen, sind frei erfunden. Die Verluste des Gegners kann man nur abschätzen, wenn man das Schlachtfeld behauptet. Die Italiener sind nicht in dieser Lage. Dagegen können wir bei voller Wertung des Blutopfers jedes Einzelnen unserer Wehren erklären, daß unsere Verluste dank der Geschicklichkeit unserer Infanterie, des mächtigen Schutzes unserer Artilleriewirkung und der Kriegserfahrung unserer Führung außerordentlich gering sind.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:  
 v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

### Der französische Bericht.

W.B. Paris, 18. Mai. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag 3 Uhr: Artilleriekampf an verschiedenen Stellen der Front namentlich in der Champagne, im Abschnitt der Höhe von Le Mesnil. In den Argonnen im Fille Morie für uns erfolgreicher Minenlampen. Auf dem linken Maasufer Beschließung unserer ersten Linie. Ein Versuch des Feindes, am Toten Mann mit Handgranaten Fortschritte zu erzielen, scheiterte vollständig. Auf dem rechten Ufer lebhafteste Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien. In der Gegend zwischen dem Hauptstrom und dem Teiche von Buz. Nordwestlich des Thaumont-Gebüshes wurde ein Handgranatenangriff des Feindes gegen einen unserer Horstposten zurückgeschlagen.

Flugwesen: In der Nacht zum 17. Mai warfen 13 von unsrem Beschließungsflugzeugen 24 Bomben auf die Minen in der Gegend von Damville und Bille-debant-Cler, 14 auf die Truppenlager von Rantillon und von Romagne, 21 auf den Bahnhof in Apremont und auf Grand Bre. Mehrere Brände wurden beobachtet. Eines unserer Flugzeuge schloß ein deutsches Flugzeug nördlich von Dieux-les-Bains herunter, von dem zwei Flügel sich während des Sturzes lösten. In derselben Nacht warf eines unserer Flugzeuggeschwader 20 Bomben auf die Bahnhöfe von Ars und von Metz, 40 auf die Bahnlinie von Frascati, 40 auf den Bahnhof Annabille und 30 auf die Eisenbahnlinie und die Bahnhöfe zwischen Metz und Dieulouard.

Abends 11 Uhr: In der Gegend von Verdun lebhafteste Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien in den Abschnitten von Mo-court, der Anhöhe 304 und zwischen Douaumont und Buz. Von der übrigen Front ist kein bedeutendes Ereignis zu berichten, außer ziemlich starken Minenkämpfen in den Argonnen.

Flugwesen: Im Laufe des Tages schloß einer unserer Flugler im Luftkampf ein deutsches Flugzeug ab, das nordwestlich von Mezonville abstürzte. Ein anderer feindlicher Flugler wurde von dem Maschinengewehrfeuer eines der unsrigen getroffen und stürzte in der Gegend von Van-de-Sart ab. Während des Tages belegte eines unserer Flugzeuggeschwader den Bahnhof von Metz-les-Sablons mit 25 Bomben schweren Kalibers.

### Deutsche Politik.

**Die Ärzte zur Lebensmittelfrage.**  
 Der Ärzte-Ausschuß von Groß-Berlin hat sich in seiner letzten Sitzung mit Nahrungsmittelfragen Groß-Berlins vom ärztlichen Standpunkt aus beschäftigt. Er hat hierbei folgende Entschließung angenommen:

„Der Ärzteauschuß von Groß-Berlin hält im Interesse der Volksgesundheit eine einheitliche Regelung der Lebensmittelversorgung der ganzen Reichsbevölkerung für notwendig. Alle Absperrungsversuche und Ausfuerverbote einzelner Landesteile, Distrikte und Orte müssen im Interesse einer gleichmäßigen und gerechten Versorgung aufgehoben werden. In diesem Sinne begrüßt der Ausschluß die beabsichtigte Schaffung einer Reichsbehörde für Volks-

ernährer  
 erfährt  
 Lufte  
 jchloßen,  
 ler zu rid  
 Annäh  
 W.B.  
 vierte M  
 daß die  
 gent der  
 nahme de  
 gegangen  
 ans gelich

In d  
 Meldung  
 hereien e  
 aus Mü  
 Die  
 Geschüß  
 Erwerbun  
 hem Still  
 dell, Lieg  
 1100 Tag  
 von 6—7  
 bor bezw.

Wie  
 Kantzeig  
 Regierung  
 ges zum  
 Berlin-S  
 rere Jah  
 Leutnant  
 amtsbezi

Am  
 Vizep  
 Die  
 Wg.  
 Boerwald  
 fang des  
 nicht die  
 Vorwürfe  
 Brieftrage  
 man auf  
 muß in f  
 höch werd  
 von 5 auf  
 den. Da  
 halten die  
 und Post  
 briefträger  
 berichten  
 neue Stel  
 familien u  
 Wg.  
 post marce  
 behindep  
 sendungen  
 der Post  
 wir wöhl  
 Wg.  
 nicht auf  
 empfehlen  
 zur Anna  
 geheimnis  
 Staatsfe  
 rungszula  
 Den Unte  
 geschick  
 den. Für  
 haben.

St  
 ist den B  
 tum hand  
 im Friede  
 Wg.  
 offen in  
 Wg.  
 geheimnis  
 wdrig un  
 Wg.  
 Minn  
 Lommans  
 begehren,  
 anhand n  
 Wg.  
 hat nur  
 und nicht  
 breuchfö  
 Die Rech  
 Mini  
 kann, da  
 werden ka  
 Wg.  
 verlesung  
 Dam  
 der Beleg  
 Wffizient  
 ation we  
 Der  
 Der  
 n o m e  
 Es f

Berlin  
 die Ertra  
 daß er h

Es f

ernährung als den ersten hoffnungsvollen Schritt auf dem erstrebten Wege".

Außerdem hat der Vorkomitee von Groß-Berlin beschlossen, eine begründete Eingabe an den Herrn Reichskanzler zu richten.

**Annähernd 9 Milliarden der 4. Kriegsanleihe eingezahlt.**

W.B. Berlin, 18. Mai. Bis zum 15. Mai sind auf die vierte Kriegsanleihe 215 Millionen neu eingezahlt worden, so daß die Einzahlung bisher 8919 Millionen gleich 83,3 Prozent der Gesamtzeichnung beträgt. Dabei ist die Inanspruchnahme der Darlehenskassen hierzu um 35,6 Millionen zurückgegangen, so daß überhaupt nur noch 318,6 Millionen dafür ausliegen sind.

**Die Verhandlungen über das Steuerkompromiß.**

Berlin, 18. Mai. Da die vertraulichen Besprechungen zwischen den Fraktionen über das Steuerkompromiß heute Vormittag noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten, ist die heutige Sitzung des Hauptausschusses, dem das Kriegsgewinnsteuergesetz zur Beratung überwiegen worden ist, bis auf weiteres vertagt worden. Man nimmt an, daß die vertraulichen Besprechungen im Laufe des Tages, soweit fortgeführt werden können, daß morgen der Hauptausschuß mit der zweiten Lesung des Kriegsgewinnsteuergesetzes beginnen kann.

**Krupp in München.**

In diesen Tagen wurde durch das Wollische Bureau die Meldung verbreitet, daß Krupp bei München große Ländereien erworben habe. Der „Lagl. Rundschau“ wird hierzu aus München mitgeteilt:

„Die Kruppischen Erwerbungen sind zur Errichtung einer Geschützfabrik gemacht worden. Der gewaltige Umfang der Erwerbungen läßt erkennen, daß die Münchener Fabrik in großen Stille geplant ist. Die Grundstücke, um die es sich handelt, liegen nördlich des Ringhofes Freimann und umfassen 1100 Tagwerk. Der Kruppische Ankauf erfordert eine Summe von 6-7 Millionen Mark, die an die bisherigen Besitzer in bar bezw. in Kriegsanleihe bereits ausgezahlt worden ist.“

**Der erste weibliche Standesbeamte.**

Wie der Schöneberger Magistrat bekannt gibt, ist die Kanzleiassistentin Erna Geinemann mit Genehmigung des Regierungspräsidenten zu Potsdam für die Dauer des Krieges zum stellvertretenden Standesbeamten des 1. Bezirks in Berlin-Schöneberg ernannt worden. Fräulein G. war mehrere Jahre hindurch unter dem 1. Standesbeamten, Oberstaatsanwalt a. D. Gremmler als Kanzleiassistentin im 1. Standesamtsbezirk tätig.

**Deutscher Reichstag.**

**Am Bundesratsstisch: Kräfte.**

Vizepräsident Dr. Baasche eröffnete die Sitzung 2.20 Uhr. Die zweite Lesung des Etats wird beim Postetat fortgesetzt. Abg. Dr. Dertel (Kons.): Wir schließen uns dem Dank für die Roborierung und die Postbeamten durchaus an. Die zu Anfang des Krieges erhobenen Vorwürfe gegen die Post treffen nicht die Postverwaltung und nicht die Beamten. Jetzt sind diese Vorwürfe verstummt. Auch das Ausbittelpersonal, insbesondere die Briefträgerinnen, haben sich durchaus bewährt. Auch künftig sollte man auf die Frauen im Postdienst nicht verzichten. Der Postetat muß in sich balancieren. Deshalb müssen die Postentnahmen erhöht werden. Das Porto im Nachbarverkehr kann sehr wohl von 5 auf 7 bezw. 7 1/2 Pfg. für Briefe bis 250 Gramm erhöht werden. Das gleiche gilt für sonstige Zweige des Postverkehrs. Wir halten die Gewährung von Kriegszulagen für die unteren Beamten und Postarbeiter für notwendig. Ueber die Bedeutung der Landbesitzer wird beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung zu berichten sein. Die Bezüge der höheren Beamten müssen erhöht, neue Stellen für sie geschaffen werden. Für kinderreiche Beamtenfamilien muß besonders gesorgt werden.

Abg. Brunn (Deutsche Frakt.): Die Vorwürfe gegen die Postbeamten waren zum Teil wohl berechtigt. Die vielfachen Postsperrungen behinderten aber ihre Tätigkeit. Die Gewichtsgrenze für Feldpostsendungen sollte schon jetzt erhöht werden. Den Gehaltswünschen der Postbeamten, namentlich der gehobenen Unterbeamten, stehen wir wohlwollend gegenüber.

Abg. Juseil (Soz. A.-G.): Die Postverwaltung, die früher nicht auf der Höhe stand, ist jetzt bemüht, sich zu bessern. Wir empfehlen unsere Resolution auf Wahrung des Briefgeheimnisses zur Annahme. Erwägen der militärischen Befehlshaber, das Briefgeheimnis zu verletzen, sollte keine Folge gegeben werden. Der Staatssekretär ist für alle diese Handlungen verantwortlich. Teuerungszulagen sind unerlässlich, besonders für die unteren Beamten. Den Unterbeamten und Gehilfen muß ein auskömmliches Gehalt gesichert werden. Die etatsmäßigen Stellen müssen vermehrt werden. Für eine Erhöhung der Briefgebühren sind wir nicht zu haben.

Staatssekretär Kräfte: Die Verletzung des Briefgeheimnisses ist den Beamten nicht zum Vorwurf zu machen. Die Postverwaltung handelt nur gesetzmäßig. Briefbeschlagnahmen erfolgen auch im Frieden.

Abg. Meyer-Serford (Natf.): Nur eine Lösung der Strafakten in unserm Sinn kann die Beamten rehabilitieren.

Abg. Stadthagen (Soz. A.-G.): Die Verletzung des Briefgeheimnisses, auch auf Anordnung der Militärbehörden, ist gesetzwidrig und strafbar.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Der Behauptung, daß die kommandierenden Generale mit der Briefkontrolle etwas Strafbares begehen, muß ich entschieden widersprechen. Unter dem Belagerungszustand sind eine Reihe persönlicher Freiheiten aufgehoben worden. Abg. Stadthagen (Soz. A.-G.): Der Oberkommandierende hat nur Anordnungen zur Ausführung eines Gesetzes zu treffen und nicht zur Aufhebung eines Gesetzes. Die Bestimmungen der deutschen Verfassung haben keinen Einfluß auf die Kriegsgesetze. Die Reichsverletzung liegt klar zutage.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Das Reichsgericht hat anerkannt, daß sehr wohl wie in diesem Fall, neues Recht geschaffen werden kann. Auch können neue Verfügungen getroffen werden.

Abg. Stadthagen: Es handelt sich hier um offenbare Rechtsverletzung.

Damit schließt die Debatte. Die Resolutionen auf Erhöhung der Bezüge der nichtetatmäßig angestellten Post- und Telegraphen-Assistenten usw. und auf Lösung der Etaten in den Reichsanstalten werden angenommen. Die sozialdemokratische Resolution auf Wahrung des Briefgeheimnisses wird abgelehnt.

Der Etat wird genehmigt.

Der Etat der Reichsdruckerei wird ohne Ansprache angenommen.

Es folgt der

**Etat des Reichsamts des Innern.**

Berichterstatter Graf Bethar (Kons.): Das Haus bedauert die Erkrankung des Staatssekretärs Dr. Deibrück. Wir hoffen, daß er bald wieder hergestellt sein möge, um seine Arbeit wieder

aufnehmen zu können. Eine Reihe von Stellen müssen wir von der Debatte ausscheiden, so die Ernährungsfrage, die Zensur und die Ernährungsfrage von der Debatte zurückzustellen.

Vizepräsident Dose schlägt vor, die Wohnungsfrage, die Zensur und die Ernährungsfrage von der Debatte zurückzustellen.

Abg. Giesberts (Zentr.): Die Leistungen unserer Industrie auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft sind musterhaft. Die Textilindustrie befindet sich allerdings infolge des Mangels an Rohstoffen in einer gewissen Notlage, der wir unser Augenmerk widmen müssen. Vielfach werden auch nach dem Kriege große Aufgaben zu erfüllen sein. Die Schwarzseherei, daß wir nach dem Kriege eine schlechte Konjunktur haben werden, ist nicht gerechtfertigt. Wir begrüßen es, daß das Reichsamt des Innern der wirtschaftlichen Annäherung der Mittelmächte Aufmerksamkeit schenkt. Darin liegt eine Garantie für die sozialpolitischen Fortschritte. Es muß anerkannt werden, daß die Landesversicherungsanstalten dank ihrer guten finanziellen Lage außerordentlich viel zur Beseitigung der Kriegsnot mitgeholfen haben. Aufgabe der Gemeinden ist es, dem Mittelstand und den Handvertern, die ihre Ersparnisse vielfach jetzt aufgebracht haben, entgegenzukommen.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Den Wünschen des Vorkommers, die Kriegsunterstützung für die Textilarbeiter auf die kleinen selbständigen Gewerbetreibenden der Konfektion und die Hausgewerbetreibenden auszudehnen, ist bereits entsprochen worden. Neben den Landesversicherungsanstalten hat die Reichsversicherungsanstalt für private Angestellte ausgiebig Kriegsfürsorge getroffen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf morgen Freitag 2 Uhr: Fortsetzung der Etatberatung. Schluß gegen 6 Uhr.

**Aus der Partei.**

Zu dem Verhalten des Reichstagsabgeordneten Gen. Risse, aus der sozialdemokratischen Fraktion auszutreten und in die sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft einzutreten, bemerkt die „Bremer Bürgerzeitung“ recht treffend: „Risse ist damit endlich einem starken Druck der Leipziger Parteigenossenschaft nachgegeben, nachdem er lange Zeit den Standpunkt der Fraktionsmehrheit rückwärtslos vertreten hat.“

Der Abgeordnete soll doch nicht einem „starken Druck“, sondern seiner Ueberzeugung und seinem Parteigewissen folgen. Mit der obigen Feststellung hat die „Bremer Bürgerzeitung“ dem neuen Mitgliede der sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft keinen Gefallen erwiesen.

Bislati bekriert. Der bekannte italienische Sozialistenführer hat vor wenigen Tagen das silberne Verdienstkreuz für „herausragendes und glänzendes Verhalten vor dem Feind“ erhalten. Er erhält von allen Seiten Glückwünsche von Körperschaften und Privaten.

**Aus dem Lande.**

Aus Gröningen schreibt man uns: Wie man auch auf dem Lande die Konsumenten durch Ueberretzung von Höchstpreisen und Hintanhaltung von Waren über die Ohren haut, zeigen folgende Vorgänge: Hier umgibt man Höchstpreise fortwährend. Die Metzger verkaufen geringere Stücke Fleisch, wie Wade, Hals, Stich, Wade, dünne Blät, sowie sonstige geringere Stücke mit Knochenbeilage zu 1,80 M. das Pfund, während der Höchstpreis nur 1,60 M. ist. So muß das arme Volk geringere Ware noch teurer bezahlen. Vor einigen Tagen mußte hier ein Ochse geschlachtet werden und wurde auf der Freibank zu 1,80 M. das Pfund verkauft. Der halbe Ochse kam auf Anordnung vom Kommunalarbhand nach Bergbauern und wurde dort, wie man hört, für 1,60 M. das Pfund verkauft. Das heißt, das am 17. Mai ausgegeben werden sollte, ist bis jetzt noch nicht ausgegeben und die Gemeinde hier ist zurzeit ohne Brot. Milch soll nach Höchstpreis laut bezugsamtliche Verfügung ab 2 Pf. 2 Pf. das Liter und vom Händler 2 Pf. 2 Pf. kosten. Der Landwirt verlangt aber hundertfach 2 Pf. per Liter und der Händler 2 Pf. 2 Pf., einige sogar 2 Pf. 2 Pf. Auch für den Zucker verlangt man ein Pfund 3 Pf. pro Pfund anstatt 2 Pf. Vor einigen Tagen gab es Griech. Als man zur Verteilung schritt, fehlten, wie man hört, in jedem Saal 10 Pfund. Wer hat nun diese eingekauft oder gar vorgeißt herausgeholt, wo doch die Ortsbehörde die Verteilung vornimmt? Witter ist nur in geringem Maße vorhanden. Dabei blüht die Preistreibeerei derart, daß es Händler gibt, die für das Pfund Margarine 3,20 M. verlangen und in der Regel auch bekommen, weil die Ortsbehörde nicht für Fette sorgt. Heute gab es Rudein. Der Verkauf geht aber erst vor sich, wenn der „Preis gemacht“ ist. Wir fragen nun, wo ist die Aufsichtsbehörde, wo ist die Polizei und wo ist hier die Preistafel, die in jedem Laden sichtbar ausgehängt werden muß? Oder ist die Gemeinde Gröningen nicht im höchsten Verfall? Der Festung Gernersheim?

Schweningen, 18. Mai. Auf der Strecke Schweningen-Friedrichsdorf wird der Triebwagenverkehr eingerichtet.

Heidelberg, 19. Mai. In der Angelegenheit des Kaufmanns Walbus, der wegen Unabnehmens städtischer Eier von der Strafkammer zu einem Monat Gefängnis und 500 M. Geldstrafe verurteilt worden war, teilt das „Heidelb. Tagbl.“ mit, daß Walbus sein Gehört geöffnet habe, weil ihm mitgeteilt worden ist, daß, wenn das Urteil Rechtskraft erlangt habe, er behördlich gezwungen werde, seinen Laden zu schließen. Walbus hat übrigens gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Weinheim, 19. Mai. In einer Umwandlung seelischer Erregtheit stürzte sich die 17jährige Tochter des Heizers Schmitt in die Weiskuhle und ertrank.

Lahr, 18. Mai. Der Bürgerausschuß stimmte dem Vorschlag, der die Erhebung einer Umlage von 40 Pfg. vorsieht, zu. Die Oberbürgermeister Alfesitz in emer Rede über die finanzielle Lage der Stadt ausführte, haben sich die Ausgaben vermindert, besonders durch den nur in beschränktem Maße durchgeführten Schulbetrieb und durch geringere Aufwendungen für Wege und Straßen. Während der Sitzung wurde ein Antrag auf Erhöhung der Hundsteuer von 20 auf 40 M. eingebracht. Da die gesetzlichen Vorschriften aber einer solchen bedeutenden Erhöhung zuwiderlaufen, beschloß der Stadtrat, die Hundsteuer künftighin auf 24 M. festzusetzen.

Lahr, 18. Mai. Das erste deutsche Reichswaisenhaus in Lahr hat eben seinen Geschäftsbericht für 1915 herausgegeben. Die Einnahmen beliefen sich auf 210.001 M. und die Ausgaben auf 219.656 M. Am Schluß des Jahres 1915 verfügte das Waisenhaus über ein Vermögen von 1.886.173 M.; das Vermögen hat sich im letzten Jahr um 38.689 M. vermehrt. Am Schluß des letzten Jahres betrug die Zahl der Zöglinge 62. Ein schönes Zeugnis der Anhänglichkeit der in Amerika wohnenden Deutschen bildete die in Neuport gegründete „Deutsche Amerikanische Generalschule“, die zur Errichtung eines Waisenhauses in Lahr die nötigen Gelder durch freiwillige Beiträge zusammenbringen will.

Idorf bei Lahr, 18. Mai. Wegen einer schweren Krankheit hat sich die Ehefrau eines hiesigen Wirtes entsetzt. Ihr Gatte liegt im Felde.

Gornberg, 18. Mai. Auch Hamstern tun sie noch! In einer Gemeinde in der Nachbarschaft hat ein Landwirt zehn große Zuchtbühe, etwa 250 Pfund, und ungefähr das gleiche an Hausfleisch und Speck verborgen, als er bei der Fleischaufnahme angab.

Freiburg, 18. Mai. In der Nacht zum Mittwoch hat sich ein verheirateter Kaufmann, der wegen Urkundenfälschung verhaftet worden war, erhängt.

Konstanz, 18. Mai. 2. Hier Tage waren hier 15 österreichische Offiziere vom Grenzdienst auf Einladung des hiesigen Grenzdienstbataillons zu Gast in Konstanz. Die Österreicher besichtigten die Lebensmittellieferungen der Stadt und nahmen im Anselhotel das Mittagessen, wogu auch Prinz Max von Baden erschienen war.

**Schweres Explosionsunglück. — Vier Arbeiter getötet.**

Mannheim, 18. Mai. In der Kesselschmiede von Gebrüder Riltbau in Waldhof wurden gestern vormittag infolge Explosion einer Sauerstoff-Flasche vier Arbeiter getötet und der Besitzer der Fabrik, Peter Riltbau, lebensgefährlich verletzt. Die Werkstätte, ein langgezogener einstöckiger Fachwerkbau am Spedweg auf freiem Felde gelegen, ist schwer beschädigt. Das Dach ist abgedeckt, das Mauerwerk herausgedrückt und zum großen Teil zusammengefallen. Zurzeit der Explosion waren sieben Arbeiter und der Besitzer in der Fabrik beschäftigt. Drei davon waren sofort tot, einer starb auf dem Transport ins Krankenhaus und Riltbau selbst erlitt so schwere Verletzungen, daß Gefahr für sein Leben besteht. Zwei befanden sich außerhalb des Arbeitsraumes. Die Getöteten sind im Alter von 14 bis 18 Jahren und stammen aus Bierheim.

**Landwirtschaftliche Tagungen.**

Karlsruhe, 19. Mai. Die landwirtschaftlichen Frühjahrstagungen wurden gestern fortgesetzt und zu Ende geführt. Zunächst tagte gestern vormittag die Zentralkasse der bad. landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaften. Hierbei erstattete Verbandsdirektor Riehm den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß die Mitgliederzahl 541 mit einer Gesamtsumme von 1.938.000 M. beträgt. Der Reingewinn beziffert sich auf 20.178 M. Die Verteilung von 5 Prozent Zins für Geschäftsanteile wurde genehmigt.

Anschließend daran folgte der 33. Verbandstag des Genossenschaftsverbandes bad. landw. Vereinigungen, zu welchem 60 Landwirte aus dem ganzen Land erschienen waren. Auch die Ministerien des Innern und der Finanzen hatten Vertreter entsandt. Verbandsdirektor Riehm erstattete, nachdem Präsident Sängler die Tagung eröffnet hatte, den Rechenschaftsbericht. Dem Verband gehören 903 Vereine mit 83.000 Mitgliedern an. Die Summe des Verlaufs landw. Bedarfsartikel bezifferte sich im letzten Jahr auf 8.300.000 M. gegen 6.990.000 M. im Friedensjahr 1913. In einer an den Bericht sich anschließenden Aussprache wurde von verschiedenen Landwirten über den zunehmenden Mißstand, über den Neubaue und über die Höchstpreise für Vieh Klage geführt. — Die Jahresrechnung wurde genehmigt, der Verbandsleitung Entlastung erteilt und beschlossen, fortan alle Forderungen des Genossenschaftsverbandes an die Zentralkasse zu überweisen.

Verbandsdirektor Lienhardt verbreitete sich sodann über die Kriegsgewinnsteuer, wobei Geh. Oberfinanzrat Zimmermann seine Ausführungen in wertvoller Weise ergänzte. Nach Festsetzung der Revidierung und der Neuwahl ausgegebener Vorstandsmitglieder wurde die Tagung geschlossen.

Karlsruhe, 19. Mai. Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs sind jetzt in den Bezirken der bad. Zoll- und Steuerverwaltung alle Bezirksfinanzstellen (Hauptzoll- und Hauptsteuerämter und Finanzämter) beauftragt, auch andere Schecks als Reichsbank- oder Postchecks bei Zahlungen aller Art anzunehmen. Außerdem sind diese Stellen ermächtigt, die gleiche Befugnis den ihnen unterstellten Ortsstellen (Steuerinspektoren, Unterämtern) überall da zu erteilen, wo sich ein Bedürfnis dafür zeigt. Ein solches Bedürfnis wird ganz allgemein für alle Orte des Landes anerkannt werden, an denen sich eine Geld- oder Kreditanstalt befindet, auf die Schecks gezogen werden können. Sade der Veranlassung ist es, von der Möglichkeit, sich im Zahlungsverkehr mit den badischen Zoll- und Steuerstellen der Reichsbank zu bedienen.

Karlsruhe, 18. Mai. Nach dem Rechenschaftsbericht des bad. Landesfeuerwehrverbandes für 1914 und 1915 betrugen die Einnahmen 13.550 M., die Ausgaben 12.930 M. Zur Kriegsanleihe hat der Verband 3000 M. gezeichnet. Der Vermögensstand betrug 1915 18.947 M. gegen 14.769 M. im Jahre 1913, er hat somit eine Vermehrung von 4177 M. erfahren, ein Beweis des guten Haushaltens.

Das Verfüttern von Kartoffeln. Nach einer neuen Bestimmung des Reichskanzlers dürfen bis zum 15. August 1916 Kartoffelbesitzer an ihr Vieh insgesamt nicht mehr Kartoffeln verfüttern, als auf ihren Schweinebestand bis zu diesem Tage nach dem Maße von höchstens 2 Pfund Kartoffeln für den Tag und das Schwein entfällt. Die Bekanntmachung über das Verfüttern von Kartoffeln vom 15. April 1916 bleibt durch diese Verordnung unberührt. An die einzelnen Tiergattungen dürfen jedoch nur insoweit Kartoffeln verfüttert werden, als an sie bisher schon Kartoffeln oder Erzeugnisse der Kartoffelzuckerfabrikation verfüttert worden sind. Kartoffelmehl und Kartoffelmehl dürfen nicht verfüttert werden. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird bestraft, wer den vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt. Bei vorsätzlicher Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmungen ist der Mindestbetrag der Geldstrafe gleich dem zehnfachen Werte der verbotenen Menge.

**Kriegswucher und Kriegsschwindel.**

Auch ein Beitrag zur Verteuerung der Fischnahrung. In einer der letzten Nummern der „Frankf. Zeitung“ befindet sich das folgende bezugsnehmende Inserat:

300 Tannen minderwertige Serinas,  
Gewicht zirka 150 Kg., 850 000 St. Inhalt,  
38 M. pro Tonne. Probetonne auf Wunsch  
Kasse Duplikatfrachtbrief.  
Emil Ahrens, Rotheim i. Hamm.

So wirds gemacht. Die Seringe werden tonnenweise auf Lager gelegt, bis der Preis gehörig in die Höhe gegangen ist. Mitteltweile wird die Ware „minderwertig“ und der Spekulant sieht sich genötigt, sie an den Mann zu bringen. Doch er treibt der Minderwertigkeit der Seringe in dieser Zeit der allgemeinen Fischteuerung noch sein Geschäftchen macht, wird man ohne weiteres annehmen dürfen.

Angesammelte Nahrungsmittel, die verderben. Zu den Fleischhinterziehungen des Metzgermeisters Sommer in Köln wird noch mitgeteilt, daß die Fleischmengen doppelt so groß sind, als angenommen wurde. Bis her wurden aus den verschiedenen Aufbewahrungsräumen Sommers 25.000 Pfund gute Fleischwaren, 5000 Pfund minderwertige und 9000 Pfund total verdorbene Fleischwaren behördlicherseits herausgeschafft; über 18 Zentner Fleisch mußten dem Zoologischen Garten zur Fütterung der Kanarienvögel überwiesen werden. — Dieser Fall zwingt die Behörden, die Lagerräume genau zu durchsuchen, und die so notwendigen Nahrungsmittel vor dem Verderben zu retten!

### Zum Kapitel „Vereinfachung der Staatsverwaltung“ und die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr.

Am Samstag, 13. Ipd. Mts., fand unter der Führung der Herren Schlachthofdirektor Bayersdorfer und Gutsverwalter Langenstein eine Besichtigung der städtischen Gutsanlage in der früheren demnächstigen Ruppurr durch den Oberbürgermeister und den Stadtrat statt, an der in dankenswerter Weise auch der Herr Minister des Innern von Bodman und von den Mitgliedern der städtischen landwirtschaftlichen Kommission die Herren Domänenrat Reinach, Forstmeister Seyauer, Landwirtschaftslehrer Geiß (Durlach), Domäneninspektor a. D. Hoffmann (Karlsruhe) und Gutsbesitzer Braun (Weierheim) teilnahmen. Der Gesamteindruck war offenbar bei allen Teilnehmern ein in hohem Maße befriedigender und es darf das, was dort in der kurzen Spanne von knapp einem Jahre während der Kriegszeit geschehen ist, Anspruch auf die wärmste Anerkennung machen. Es ist zu wünschen, daß die städtische Bevölkerung diesem gegenständlichen Unternehmen, das bezweckt ist, eine bedeutungsvolle Aufgabe in der Versorgung der Stadt mit Milch und Eiern, Schweine, Rind- und Hammelfleisch zu erfüllen, das weiteste Interesse entgegenbringe.

Erstmals bei der Budgetberatung vom Jahre 1916 erhielt der städtische Voranschlag auch einen „Sondervoranschlag für die Gutsverwaltung“, welcher mit 312 960 M. in Einnahme und Ausgabe balanzierte und die einstimmige Zustimmung des Bürgerausschusses fand. Gleichzeitig wurde durch besonderen Bürgerausschussbeschluss die Bildung eines „Betriebsfonds“ von 100 000 M. aus Anleiheemitteln für die Gutsverwaltung zur Beschaffung von Vorräten an Futtermitteln, Saatgut, Düngemitteln, sowie von Vieh zu Zucht-, Mast- und Arbeitszwecken genehmigt. Nach dem Voranschlag ist für das Jahr 1916 vorerst vorgesehen ein Milchverkauf von 60 Milchkuhen zu je 10 Litern im täglichen Durchschnitt mit 80 300 M., ein Verkauf von 15 Kühen, 4 Mastochsen und 25 Ferkeln mit zusammen 18 300 M. und von 800 Mastschweinen zu 900 Pfund Lebendgewicht mit 171 000 M., also ein Gutsbetrieb, der für habituelle Verhältnisse schon einen recht beträchtlichen Umfang erreicht. Der Aufwand für Arbeitslöhne und Gehälter ist mit 46 530 M. für Anschaffungen an Tieren, Futtermitteln und Streumitteln, sowie an Saat- und Düngemitteln mit 175 000 M. und 8000 M. für das erste Jahr vorgesehen. Die Oberleitung der Gutsverwaltung, die seinerzeit mit den Liegenschaftskassen um circa 160 000 M. von der Stadterhaltung erworben wurde und in die bis jetzt wohl mehrere 100 000 M. hineingefloßt worden sind, untersteht dem städtischen Schlachthofdirektor Bayersdorfer, der in der Person des Gutsverwalters Langenstein und dessen Ehefrau bewährte Mitarbeiter gefunden hat. Die Verwaltung des Gutes im Ganzen unterliegt nach §§ 15 und 56 der Städteordnung dem Stadtrat, der nach § 57 in kollegialischer Beratung seiner 28 Mitglieder die erforderlichen Beschlüsse über die Verwaltung, Vermehrung und Verwendung des Gemeindevermögens zu fassen hat.

Damit kommen wir zu einem Punkte, der ein rasches abänderndes Einschreiten der beruflichen Organe und der Bürgererschaft erfordert. Unsere Städteordnung kennt nicht die Schaffung abgeordneter Verwaltungen, die in sich nach kaufmännischen Grundfätzen selbständig handelnd vorgehen können. Sie kennt als beherrschendes und verantwortliches Organ einzig und allein den „Stadtrat“, der sich nach § 58 „in der Regel“ mindestens einmal zu versammeln hat.“ Schon in der Begründung zu der Bürgerausschussvorlage wegen Schaffung des oben erwähnten Betriebsfonds von 100 000 M. (vom 31. 3. 1916 Nr. 11) ist hervorgehoben, daß bei der Anschaffung von Futtermitteln, Saatgut, Düngemitteln, Gerätschaften und insbesondere von Vieh „nützliche Angebote und niedrige Preise rasch ausgenutzt werden müssen“. Dazu ist ein regelmäßig alle Woche einmal zusammen tretendes Kollegium von 28 Mitgliedern die denkbar angelegentlichste Behörde. Entweder sie versäumt und verpasst die Gelegenheiten, — oder Bürgermeister und Angestellte greifen auf eigene Faust und Verantwortung zu, und dem Stadtrat bleibt hinterher vor vollendeten Tatsachen die angenehme Wahl, das bereits geschlossene zu billigen oder zu mißbilligen und es mit seiner gesetzlichen allein in Frage kommenden Verantwortlichkeit zu bedenken, oder die Verantwortlichkeit den handelnden Beamten aufzuladen. Diese über die verfassungsmäßig für sich allein über keinen Pfennig aus der Stadtkasse verfügen können, werden in allen irgendwie bedeutenden oder bedeutungsvollen Fällen mit Recht es ablehnen, Entscheidungen mit pekuniären Folgen vorzunehmen, die an ihnen selber hängen bleiben und auch bei normaler Abwicklung sie stets vor die Gefahr stellen können, daß das sehr gerichtlich zusammengelegte Kollegium von 28 Köpfen sie aufsitzen läßt. Daß der „Stadtrat“ oder die „Stadt“ vollends im Rahmen der heutigen „Städteordnung“ mit dem Verkauf von Sämen, Kühen und Ferkeln an den Markt kommt, und in Konkurrenz mit den anderen Viehhändlern Geschäfte macht, für die die „Stadt“ mit ihrem Namen und ihrem Beutel haftbar ist, ist ganz unmöglich. In dem Aufsatz „Zum Kapitel: Vereinfachung der Staatsverwaltung“ im „Volksfreund“ vom 5. Mai 1916 Nr. 105 ist mit Recht gesagt: „Städtische Gutsverwaltungen werden kaum auf einen grünen Zweig kommen, wenn sie nach den bürokratischen Verwaltungsmethoden geleitet und betrieben werden. Die daraus erzielten Produkte würden viel teurer, als die bei der Privatwirtschaft erzeugten. Es kann und darf aber nicht der Zweck der Staats- und Gemeinbewirtschaft sein, daß sie ungleich teurer wirtschaftet, als die Privatwirtschaft.“ Von der ungeheuren und schließlich unerträglichsten Mehrbelastung des Oberbürgermeisters durch diese Sandelsgeschäfte, deren Vorbereitung und Vollzug auch nach dem Beschlusse des Stadtrats gemäß § 55 des Gesetzes ebenso wie die ständige Aufsicht des Geschäftsbetriebs an ihm hängen bleibt, ganz zu schweigen!

Auch das „Sozialdemokratische Gemeindeprogramm“ war in Anerkennung der Besonderheiten der städtischen Städteordnung verhältnismäßig genau, nicht derartige, landwirtschaftliche und kaufmännische Spezialkenntnisse und Fähigkeiten erfordernde und dem Konkurrenzkampf ausgesetzte und mit ihm rechnen müßende Betriebe der Gemeinde als solcher unmittelbar aufzuladen zu wollen, wie es dies bei allen Monopolbetrieben mit Recht ist. Dazu gehört lit. B Abs. 4 des Programms mit Recht das Verbot, die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, die Erziehung von Vieh- und Schlachthöfen. Ebenso ist mit Recht der Gemeinde zugewiesen die Regelung der Zufuhr gesunder und billiger Nahrungsmittel und die Überwachung ihres Verkehrs, die Erziehung von Mindererziehungsanstalten, von Bade- und Rekreiereisen. Forderungen, deren Umgänglichkeit dieser Krieg am deutlichsten auch denen bewiesen hat, die noch außerhalb des Bodens des sozialdemokratischen Programms stehen.

Für die im Konkurrenzkampf stehende Produktion und den Handel mit landwirtschaftlichen und gewerblichen Produkten ist dagegen heute nicht die städtische bürokratische, sondern die genossenschaftliche und gesellschaftliche Form, die im öffentlichen und allgemeinen Interesse geboten, und die größtmögliche und bestmögliche Versorgung der Gemeindeangehörigen und des Marktes herbeizuführen. Mit Recht hat die sozialdemokratische Fraktion in Karlsruhe und anderweit ihr Veto dagegen in die Waagschale geworfen, daß Gemeindefunktionen mit monopolartigen Charakter an „gemischt-wirtschaftliche“ Gesellschaften abgegeben und damit den Einwirkungen der Privatinteressen preisgegeben wurden. Ebenso hat man es aber umgekehrt für angemessen erachtet, z. B. zur Schaffung einer Milchzentrale, die mit anderen Interessenten in einer G. m. b. H. zu vereinigen, und wo solche Interessenten nicht zu finden sind, da sollte die Stadt

aus eigenen Mitteln die 20 000 M. aufbringen, die gesetzlich erforderlich sind, um eine G. m. b. H. zu gründen, welcher sie die städtische Gutsverwaltung im Nachweg übertrüge. Da alle Geschäftsanteile in Händen der Stadt wären, so würden Oberbürgermeister, Stadtrat und Bürgerausschuss jederzeit in der Lage sein, auf die Produktion, Preisbestimmung, Arbeits- und Arbeiterverhältnisse jeden gewünschten Einfluß auszuüben. Der angestellte Geschäftsführer dieser G. m. b. H. aber wäre in ganz anderer Weise in der Lage, das Geschäft — um ein solches handelt es sich, auch wenn es ein Musterbetrieb sein soll — zu betreiben und zu fördern, als der städtische Stadtrat mit seinem „Direktor“ und „Verwalter“, die mit ihren Maßnahmen und ihrer Verantwortlichkeit rechtlich vollständig in der Luft schweben. Auch eine ordnungsmäßige kaufmännische Betriebs- und Buchführung wird dann erst möglich sein.

Das ist der Weg, auf dem die Vereinfachung der Staats- und Kommunalverwaltung unter gleichzeitiger Ausdehnung auf alle Gebiete des produktiven Lebens möglich ist, und auf dem weiterhin durch eine Ausdehnung und Verbindung solcher staatlichen und kommunalen Produktiv-Gesellschaften und Genossenschaften über das ganze Land und Reich die Überleitung aus der Anarchie der kapitalistischen Produktion in die zielbewusste Regelung sozialistischer Ordnung auf organische Weise und in absehbarer Zeit erreichbar ist. Nicht aber das Auflösen wirtschaftlicher Aufgaben auf hierfür organisationsmäßig nicht geeignete und der hierfür erforderlichen geschulten Kräfte noch entbehrende städtische und Staatsbehörden, was in zahlreichen Fällen zu einem Risiko und damit zu einer Diskreditierung des gemeinwirtschaftlichen Betriebes überhaupt führen muß, wodurch die Weiterentwicklung nicht gefördert, sondern nur achternut werden würde.

Möchte die Stadt Karlsruhe je rascher je besser auf dem oben geschilderten Wege vorangehen und möchte ihr der ganze Bürgerausschuss dabei fördernd und helfend zur Seite stehen, zum Wohle des Einzelnen und der Gesamtheit!

Stadtrat Dr. Dieß.

### Aus der Stadt.

Karlsruhe, 19. Mai.

#### Und die Preise steigen.

Wir haben in dieser Zeit das Wunder längst verlernt. Der Mensch gewöhnt sich an alles, und seine Anpassungsfähigkeit ist vielleicht die ertaunlichste aller Kriegslehren. Raum, daß sich überhaupt noch unsere Wimpern bewegen, wenn der Händler heute für eine Ware das Doppelte des Preises von gestern und das Dreifache des Preises von vorgestern fordert. In den öffentlichen Lokalen haben wir geduldig leben verlangen Aufschlag. Vor Jahresfrist noch schrieb man zornige Artikel, weil der Preis des Specks auf 140 Mark für das Pfund gestiegen war. Fabelhaft teuer für damals. Heute machen wir Jagd auf ein Pfündchen Speck und bekommen kein; gelingt es aber durch einen unerhörten Glückszufall, eins zu erhalten, so zahlen wir fast das Dreifache von dem, was uns vor einem Jahre als schamlose Verwunderung erschien. Wir sind fatalistisch geworden. Würden wir denn noch klauen, wenn morgen oder übermorgen das Pfund Schweinefleisch auf 10 Mark stiege, oder wenn der Schinken nur noch auf der Goldwaage gewogen würde, die Unze zu 150 Mark! Um wie viel schlechter die Lebensmittel geworden sind, die wir heute zu unerhörten Preisen erwerben müssen, davon darf gar nicht einmal geredet werden. Niemand hat das ehle Gemerbe der Fleischerei auf diesem Gebiet so geliebt wie heute. Was wir heute an Würstchen genießen müssen, die Götter mögen es wissen. Was auf tausenderlei andern Gebieten an minderwertigen Zeug produziert, zu Wucherpreisen auf den Markt gebracht und gierig gekauft wird, übertrifft die Vortellungsstärke der üppigsten Phantasie. Geduldig ziehen wir Woche um Woche den Schmachtriemen enger, spüren, wie der Körper an Widerstandskraft einbüßt, gewahren in unserer Familie und in weiten Bevölkerungsschichten die üblichen Folgen andauernder Unterernährung — und ertragen es weiter!

Um mindestens das Dreifache sind durchschnittlich im Vergleich zu der Friedenszeit die Preise der Lebensmittel gestiegen. Eine Ausnahme macht das Brot, für das vor länger als einem Jahr Höchstpreise festgesetzt wurden, die uns damals sehr ungerecht erschienen, uns heute jedoch, an den andern Preisen gemessen, recht niedrig vorkommen müssen. Sehr augenfällig zeigt aber auch gerade das Beispiel des Brotes, welches Maß von Schuld jene auf sich geladen haben, die alles andere einfach treiben ließen und das berühmte „freie Spiel der Kräfte“ auch im Kriege möglichst gewähren lassen wollten. Wohin wären wir mit dem Brotpreis gekommen, wenn nicht damals durchgegriffen worden wäre! Wie ganz anders aber auch könnte es umgekehrt um unsere Volksernährung und die Fähigkeit wirtschaftlichen Durchhaltens stehen, wenn nach dem Muster der Proterordnung bei allen andern notwendigen Lebensmitteln verfahren worden wäre! Milliarden an Volksernährung wären gespart worden, die Volksgesundheit wäre befriedigend, der Wille und die Kraft zum Durchhalten größer; die Schamlosigkeit des Wuchers hätten unser Land nicht beschmutzen können.

Leider kann in diesen Kriegsjahren die Presse nicht in dem Maße Sprachrohr des Volkes sein, wie sie möchte und müßte. Aber die Regierenden sollten sich über die wirkliche Stimmung in den breitesten Volksschichten nur ja keinen Täuschungen hingeben. Die Zeit wird kommen, wo sich der Schaden verdrückt bestehen werden. Freilich ändert diese Aussicht weder das geringste an der gegenwärtig vorhandenen Not, noch vermag sie die bösen Gefahren zu bannen, die der Verteidigungskraft unseres Landes aus diesen Zuständen erwachsen.

\* Schafft Höchstpreise für Obst. Wir haben gestern unter der Spitzmarke „Wo bleiben die Höchstpreise für Obst?“ darauf hingewiesen, daß es nötig ist, Höchstpreise für Obst festzusetzen, insbesondere für Kirichen — ehedieselben auf dem Markte erscheinen. Heute seien wir im „Frankf. Generalanzeiger“: „Von der Vergeltung: Hier treiben sich zurzeit wieder rheinländische Händler herum, um durch den Ankauf der Kirichenerte ganze Gemeinden zu verhältnismäßig sehr hohen Summen sich einen Einfluß auf den Kirichenmarkt zu sichern und dadurch die Preise in die Höhe zu treiben. Da gerade in der jetzigen Zeit auch die Kirichen für unsere Volksernährung von großer Bedeutung sind, sollten die Behörden diese widerliche Ausbeutung durch rasches Vorgehen und Festsetzung von Höchstpreisen und Händlerpreisen hintertreiben. Das müßte aber bald sein.“

Wo, auf was wartet man noch?

Bestandserhebung von Lumpen. Auf die im Satatsanzeiger und im amtlichen Veröffentlichungsblatt veröffentlichten zwei Bekanntmachungen des stellvertretenden Generalkommandos vom 16. Mai 1916, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Lumpen und neuen Stoffabfällen aller Art, sowie Höchstpreise für Lumpen und neue Stoffabfälle weist eine Bekanntmachung im Anzeigenteil dieses Blattes hin.

(Sehr wünschenswert wäre auch eine Bestandserhebung von anderen „Lumpen“, die sich im Lebensmittelwucher besonders bemerkbar machen. D. Red.)

\* Militärisches Verbot. Der stellv. kommandierende General des 14. Armeekorps hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach jeder Verkauf von Prismengläsern aller Art, von Ferngläsern usw. ferner von photographischen Objektiven in den Maßstäben 3,5x6 und den Brennweiten von mehr als 18 Zentimeter verboten ist. Gestattet ist der Verkauf der Ferngläser an Seeresangehörige nur gegen Vorlage einer mit Stempel und Unterschrift versehenen Bescheinigung des betr. Truppenteils. Wer dem Verbot zuwiderhandelt, wird bestraft.

\* Erdbeben. Mittwoch nachmittags 2 Uhr 52 Minuten (Sommerzeit) registrierten der Seismograph im Beobachtungs Institut der Technischen Hochschule und die Instrumente der Erdbebenstation ein starkes Erdbeben. Der Herd liegt in einer Entfernung von etwa 600—700 Kilometer und ist wahrscheinlich in Mittelitalien zu suchen. Den Aufzeichnungen nach war das Beben von gestörter Wirkung.

\* Abnahme der Schwalben. Noch niemals ist die geringe Zahl der Schwalben so aufgefallen wie in diesem Frühjahr. So hat sich nur der zehnte Teil aus dem Süden den Weg in die Dörfer der Rhön zurückgefunden und die alten Nester der Vorjahre wieder bezogen. Schon im vorigen Jahre war dort eine nicht unerhebliche Abnahme der Schwalben zu bemerken; in diesem Sommer ist die Abnahme aber ganz besonders auffällig. Die gleichen Beobachtungen hat man auch in Bayern gemacht. Als Ursache dieser Erscheinung wird übereinstimmend angegeben, daß die Schwalben auf dem Heimwege im Herbst und auf ihrem Frühlingszuge in die Heimat in großen Massen von den Italienern abgefangen und mangels anderer Nahrung verhungert sind. Tatsächlich enthalten fast alle italienischen Zeitungen in großer Zahl Anzeigen, in denen man Singvögel, gemästete Lerchen, allerhand Wasservögel und auch Schwalben zur menschlichen Ernährung anbietet. So berichten Schweizer Reisende von den italienischen Seen über ein großes Morde der Wasservögel, die sich besonders zahlreich dort eingefunden haben und mittels Schlingen, Latentlöcher gefangen oder einfach abgeschossen wurden.

\* Unfall. Am Mittwoch vormittag blieb ein Dienstmädchen beim Aussteigen aus einem elektrischen Straßenbahnwagen Ecke Kaiser- und Leopoldstraße mit einem Fuß am Trittbrett hängen, fiel zu Boden, zog sich eine Gehirnerschütterung zu und mußte mit dem Krankenauto ins städtische Krankenhaus verbracht werden.

\* Groß. Hoftheater. Das dreitägige Singspiel „Das Dreimäderlhaus“ mit der den Werken Schuberts einnehmenden Musik, dessen Aufführung für Anfang Juni geplant ist, ist bereits erfolgreich über eine ganze Anzahl deutscher Bühnen gegangen. Das bisher gemittelte Stück behandelt im Anschluß an den vielgelesenen Roman „Schwammerl“ von G. Hartich, eine Liebesgeschichte aus Franz Schuberts Leben.

### Veranstaltungen.

\* Stadtgartenkonzert. Sonntag, 21. d. Mts., nachmittags von 3/4 Uhr ab, findet bei schönem Wetter im Stadtgarten wieder ein „Volkstümliches Promenade-Konzert“ der Kapelle des Ersatz-Patillons, Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 109, statt. Bei ungünstiger Witterung fällt das Konzert aus.

### Neues vom Tage.

#### Erdbeben.

Wien, 18. Mai. (Nicht amtlich.) Zu dem jüngsten Erdbeben berichten Mailänder Blätter, daß der starke Stoß in Vercelli auftrat und durch ihn sieben Personen verwundet und Gebäude schwer beschädigt wurden. Auch in Rimini ist der Schaden ziemlich groß.

Wien, 18. Mai. (Nicht amtlich.) Gegen 1,50 Uhr nachmittags am Mittwoch wurde in den Provinzen Forlì, Ravenna, Ancona ein Erdbeben verspürt. Es ist niemandem verunglückt und nur geringer Schaden angerichtet worden. Eine leichte Erschütterung wurde auch in einigen Städten in Venetien wahrgenommen.

#### Er will schnell reich werden.

Stuttgart, 18. Mai. Das Schöffengericht beurteilte den Salzdierlach-Fabrikanten Kling wegen fortgesetzter Höchstpreisüberschreitung zu einer Geldstrafe von 10 000 Mark und einem Monat Gefängnis.

### Letzte Nachrichten.

#### Eine neue Bundesratsverordnung über die Lebensmittelversorgung.

Berlin, 18. Mai. Eine heute beschlossene Verordnung des Bundesrats ermächtigt den Reichszentralrat zur Beschaffung und Bewirtschaftung von Gemüse und gibt dem Reichszentralrat das Recht, diese Befugnis auf den kommenden Leiter der Lebensmittelversorgung zu übertragen.

#### Ein Antrag der sozialdem. Reichstagsfraktion.

Berlin, 18. Mai. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Antrag eingebracht, der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichszentralrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die von stellvertretenden Generalkommandos erlassenen Verordnungen über den Sparzwang für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen aufgehoben werden.

#### Die Reichstagsfraktionen und der Steuerkompromiß.

Berlin, 18. Mai. Die Beratungen der Fraktionen über das Steuerkompromiß sind, wie das „Berliner Tageblatt“ schreibt, gestern abend zum Abschluß gekommen. Billig absehend gegenüber den Kompromißvorschlägen verhielten sich die beiden sozialdemokratischen Fraktionen. Bezüglich der Stellungnahme des Bundesrats seien besonders von Seiten Breußens und Sachßens sehr lebhaft Einprüche zu überwinden gewesen. Die bundesstaatlichen Minister hätten schließlich dem Kompromiß unter der ausdrücklichen Be-

dingung zugestimmt, daß es sich tatsächlich nur um eine einmalige Kriegsabgabe handeln dürfe, daß die Bundesstaaten nach wie vor das Gebiet der direkten Steuern als dem einzelstaatlichen Zugriff vorbehalten ansehen und daß dies jetzt der letzte Eingriff des Reiches in die Steuerrechte der Bundesstaaten sein müsse.

Im „Berliner Lokalanzeiger“ wird mitgeteilt, im Reichstag habe gestern nachmittag der Eindruck vorgeherrsch, daß die bürgerlichen Parteien sich schließlich auf den Boden der neuen Regierungsvorschläge stellen würden. Bis zum Abend sei es aber nicht gelungen gewesen, in allen Ständen ein vollkommenes Einvernehmen zu erzielen. Jedenfalls könne aber als feststehend angesehen werden, daß die Steuerentwürfe in der abgeänderten Form nunmehr einer Mehrheit gewiß seien.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt, sie unterlasse jede Mitteilung über das Verhalten ihrer Parteifreunde im Reichstag, bis die konservative Fraktion endgültig zu den schwebenden Fragen Stellung genommen habe.

**Neue Ministerkandidatur.**

Berlin, 18. Mai. Als Kandidat für die Nachfolge Debrücks wird laut „Vossischer Zeitung“ neuestens Regierungspräsident Gergt in Oppeln genannt. Staatssekretär Dr. Helfferich, so heißt es weiter, werde sein Amt behalten, aber an Stelle Debrücks Stellvertreter des Reichsfinanzlers werden. Die Lebensmitteldiktatur sei dem Unterstaatssekretär Michaelis zugeordnet.

**Russen und Indier in den Vogesen.**

W.B. Berlin, 18. Mai. Eine Meldung des „Berliner Tagebl.“ aus Zürich besagt: Wie die „Blätter des Jura“ berichten, wurden französische Kontingente mit den russischen Truppen an der Vogesenfront bereinigt und ihre Bestände durch indische Abteilungen verpfändet.

**Bekanntmachung.**

Der Staatsanzeiger und das amtliche Verkündigungsblatt veröffentlichen 2 Bekanntmachungen des Kgl. stellvertretenden Generalkommandos des XIV. Armeekorps vom 16. Mai 1916, betreffend Beschlagsnahme und Bestandshebung von Lumpen und neuen Stoffabfällen aller Art, sowie Höchstpreise für Lumpen und neue Stoffabfälle aller Art. Auf diese Bekanntmachungen, die auch bei dem Groß-Bezirksamt sowie den Bürgermeisterämtern eingesehen werden können, wird hiermit hingewiesen.

Karlsruhe, den 17. Mai 1916.

**Groß-Bezirksamt.**

**Dankfagung.**

(86. Liste.)

Für die Unterstützung von Familien zum Kriegsdienst einberufenen Wehrpflichtiger sind an Geldgaben in der Zeit vom 1. bis 13. Mai 1916 weiter eingegangen bei:

- Der Städt. Distrikts-Gesellschaft von: „Amenrausch“ (w. G.) 100 M.; der Rhein. Kreditbank - Fil. Karlsruhe - von: Geh. D. Baurat Weinbrenner 50 M., Frau Emma Levis (w. G.) 50 M., Hofzahnarzt Scholz (w. G.) 30 M., Frau Stephanie Weinheimer 20 M., Freiherrn von Seutter 100 M., Klein 20 M., E. G. 10 M., D. L. Ger. Rat Nedel (monatl. G.) 100 M., L. Ger. Rat Beornhildweg 25 M., Geh. Hofrat Dr. Blum (f. Mai) 100 M., Minister Herr. v. Bodman, Erz. (w. G.) 100 M., Prof. Carl Eych 20 M., L. Ger. Dir. Dr. Reiß (w. G.) 50 M., Frl. Feig 25 M., D. L. Ger. Rat Herm. Wolf 50 M., D. Bauinsp. Ed. Lang 100 M., Geh. D. Baurat Weinbrenner 50 M.; dem Banthaus Zeit 2. Hamburger (Monatsbeiträge) von: Geh. Fin. Rat Glöttner 50 M., Otto Siegel 50 M., Stadtpfarrer Desselbacher 30 M., Dr. Max Rosenberger 30 M., Intend. Rat Debus 25 M., Frau Henriette Willstätter 100 M., Frau Cécilie Weinheimer 20 M., Frau Luise Ring 20 M., R. Malisch 150 M., Dr. Theod. Gomburger 25 M., Med. Rat Dr. Gutmann 50 M., D. L. Ger. Rat Jaedicke 10 M., Dir. Jul. Wolff 200 M.; dem Banthaus Götts von: Ungenannt 50 M.; der Stadtkasse von: Max Feuchtwanger, zum Andenken an seinen für das Vaterland gestorbenen Sohn 50 M., Major a. D. Albert Krehmann 1000 M., Wirt. Geh. Rat Dr. Dörner (w. G.) 50 M., Herr. Bohl (w. G.) 5 M., E. G. (w. G.) 25 M., Carl Meyer (f. Mai) 50 M., Oberbürgermeister Siegrist (f. Mai) 50 M., 3. 100 M., E. G. (w. G.) 10 M., L. Ger. Rat Neßler (w. G.) 100 M., den Beamten und Angestellten des Krankenlassenverbandes 45,50 M., Eichhorn (w. G.) 100 M., Minister Dr. Süßich Erz. (w. G.) 50 M., Frl. G. Rißhaupt, Hauptl. (f. Mai) 10 M., Rechtsanw. Dr. Fürtig (w. G.) 50 M., den Oberpostassistenten (für Mai): Gilbert 5 M., Rahjad 5 M., Weis 5 M., Mayer 10 M., M. (w. G.) 6 M., Geh. D. Reg. Rat Seldner (w. G.) 50 M., Bürgermeister Dr. Dorfmann (w. G.) (monatl. G.) 50 M., R. R. (w. G.) 10 M., E. Zimmermann (w. G.) 100 M., Dir. Baumann (w. G.) 100 M., L. Wert (w. G.) 20 M., Frl. Mathis Hauptl. (für Mai) 30 M., Geh. Rat Feher (für Mai) 50 M., R. R. (w. G.) 5 M., Prof. Lang (für April und Mai) 20 M., Frl. S. Greisch 10 M., Gg. Graulich (w. G.) 20 M., Wilhelm Kubn (w. G.) 5 M., Dr. Forst (w. G.) 100 M., Frl. Ida Seeligmann (w. G.) 100 M., Frau Geh. Rat Bunte (w. G.) 100 M., E. G. (Kisten eines Rechtsstreits) 17,50 M., Carl Rogge (w. G.) 10 M., Karl Eugen Duffner (w. G.) 20 M., Otto Burkert, Zugmeister a. D. (w. G.) 5 M., E. Stern (für Mai) 30 M., Oberreallehrer Weinger (w. G.) 10 M., Othmar Fische (für Mai) 50 M., Frau Gaud (w. G.) 50 M., Frau Nombert (w. G.) 25 M., Baumhelfer Nombert (w. G.) 25 M., R. R. (w. G.) 10 M., B. B. (w. G.) 5 M., Jakob Glöber (w. G.) 3 M., Frau G. Denzge 50 M., Frau Minister Schenkel Erz. (w. G.) 100 M., Dr. Eisenlohr (w. G.) 20 M., Familie Künzel (w. G.) 20 M., Ad. Schmieder (w. G.) 500 M., Korpsstabst. Scholz (w. G.) 15 M., Waagans Schief (w. G.) 5 M., Frio. Stellberger (w. G.) 10 M.

Seit 1. Januar 1916 sind nunmehr gespendet worden 154 765,89 M.

Wir danken hierfür herzlich und bitten um weitere Gaben! Karlsruhe, den 18. Mai 1916.

**Für den Stadtrat:**

Die Kriegsunterstützungskommission.

**Künstler-Postkarten.**

12 Ansichten aus dem Stadtpark v. Prof. Göhler Preis Mk. 1.—

12 Ansichten aus der Stadt von Maler W. Hempfing Preis Mk. 1.—

Vorrätig in allen einschlägigen Geschäften.

**Ein Attentat auf einen französischen General.**

W.B. Berlin, 18. Mai. Aus Wien wird dem „Berliner Tagebl.“ gemeldet: Nach einem Bericht des Wiener Blattes „Erdros“ ist ein Attentat gegen den Reorganisator der Serben in Korfu, den französischen Admiral Konplatir verübt worden, der schwer verletzt wurde. Nach Wiedererlangung der Bewußtsein hat der Admiral geordert, sofort an Bord seines Flaggschiffes nach Frankreich zurückgeführt zu werden. Sein Wunsch ist erfüllt worden.

**Einführung einer Kriegsteuer in der Schweiz.**

Bern, 19. Mai. Der Bundesrat hat gestern in einer dreistündigen Sondersitzung die Finanzfrage besprochen. Ueber das Ergebnis wird amtlich mitgeteilt, daß der Bundesrat sich mit der Ausarbeitung eines Verfassungsrevisions-Entwurfs für die Schaffung einer besonderen Kriegsteuer einverstanden erklärte. Die Enderfassung eines beratenden Ausschusses ist verschoben worden bis das Finanzdepartement in der Lage sein wird, bestimmt formulierte Entwürfe für alle Gegenstände vorzulegen, die sein Programm bilden.

**Ein deutscher Dampfer torpediert.**

W.B. Stockholm, 18. Mai. (Richtamtlich.) Der deutsche Dampfer „Sera“ ist auf der Höhe von Landsort torpediert worden. Die Besatzung wurde durch den schwedischen Dampfer „Goeta“ gerettet und nach Stockholm gebracht. Laut „Atonbladet“ soll der Kapitän gefangen sein.

**Die Haltung Portugals.**

Lissabon, 18. Mai. (Agence Fabas.) Almeida teilte der Kammer den Wortlaut des zwischen der englischen und der portugiesischen Regierung abgeschlossenen Vertrages mit. Der Minister des Äußern und der Finanzminister werden in kurzem nach London und dann nach Paris gehen, wo sie an der Konferenz der Alliierten teilnehmen werden.

**Vorbereitungen zur Präsidentenwahl.**

Newport, 18. Mai. Roosevelt unterlag bei den Primärwahlen in Vermont und Pennsylvania, wo die Partei des Richters Hughes die Mehrheit hat. Ford erhielt in Pennsylvania eine überraschende Anzahl von Stimmen, etwa 50 000, die meist von Deutsch-Amerikanern herrühren. (Frankf. Zig.)

**Wilson und der Papst.**

W.B. New York, 18. Mai. (Durch Funknachricht vom Vertreter von W.B.) Associated Press meldet aus Washington: Wilson plant mit Lansing während der nächsten Tage über die Botschaft des Papstes zu beraten, die vor kurzem durch den apostolischen Delegierten Mgr. Bonzano im Weißen Haus übergeben wurde. Die Botschaft betrifft die Fortsetzung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten und deutet indirekt die Möglichkeit an, einen allgemeinen Frieden in Europa zustande zu bringen. Nach der Besprechung mit Lansing wird Wilson seine Antwort an den Papst senden.

**Wasserstand des Rheins.**

19. Mai.  
Schutterinsel 2,32 m, gef. 2 cm, Kehl 3,22 m, gef. 3 cm, Maxau 4,79 m, gef. 5 cm, Mannheim 4,03 m, gef. 1 cm.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

**Vereinsanzeiger.**

Arbeiterturnerbund, 3. Bezirk. Sonntag nachmittags 2 Uhr Spieltag in Durlach. 1711  
Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 21. Mai, Jugendwanderung nach Langenberg. Abf. 6,35 bis Maxau. Rückzugler 8,31 bis Wörth. Rückkehr 9,11 Hauptbahnhof. 1710

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Zahlstelle Karlsruhe.  
Am Samstag, den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in der „Sambirnhalle“, Erdpringenstraße 30 1708  
**Mitgliederversammlung**  
Tagesordnung: 1. Abrechnung I. Quartal 1916.  
2. Bericht über Feuerungszulage.  
3. Verschiedenes.  
Wir erlauben um zahlreiches Erscheinen.  
**Die Ortsverwaltung.**  
Das Büro ist täglich geöffnet von 12-1 Uhr, außerdem Mittwochs und Freitags von 6-8 Uhr abends.

**Uhren**  
kaufen Sie am billigsten und reell unter Garantie zu Mk. 5.- 6.- 8.- 10.- 15.- 20.-  
Meine Anker-Spezial- u. Präzisions-Uhren  
„Danio“  
Mk. 15.- 18.- 20.- 25.-  
Ueber 1000 Uhren in Auswahl.  
**Oskar Kirschke**  
Karlsruhe  
70 Kriegstrasse 70.  
1704

**Allgemeiner Kohlenbezugs-Verein Rastatt.**  
Am Samstag, den 20. Mai d. J., abends 8 Uhr, findet im Nebenzimmer der Wirtschaft zum „Rappen“ unsere **jährl. General-Versammlung** statt, zu welcher unsere Mitglieder und Interessenten freundlichst eingeladen werden.  
Tagesordnung:  
1. Jahresbericht des Vorsitzenden und des Rechnungsführers.  
2. Berichten des Protokolls.  
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes und 2 Revisoren.  
4. Wünsche und Anträge.  
1709  
Um zahlreichen Besuch bitten  
**Der Vorstand.**

**Ronsumverein Durlach.**  
Am Samstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, findet im kleinen Saal im Gasthaus zur „Blume“, eine **außerordentl. General-Versammlung** statt.  
Tages-Ordnung:  
„Enthebung des Geschäftsführers“.  
Hierzu laden wir die Mitglieder höflichst ein.  
**Der Aufsichtsrat:**  
Ed. König, Vorsitzender.  
NB. Ohne Legitimationskarte oder Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
1669  
Wir suchen sofort bei dauernder Beschäftigung erstklassige  
**Uniformschneider**  
für Großstück und Belegerei.  
**Schröder & Fränkel, Kaiserstraße 211, Karlsruhe.**

**Badische Rote Geld-Lotterie**  
Ziehung am 26. Mai.  
3320 Goldgewinne und 1 Prämie bar  
**37 000 Mk.**  
Hauptgewinn u. Prämie bar  
**15 000 Mk.**  
ferner 3327 Goldgewinne  
**22 000 Mk.**  
Lose à 1 M. 11 Lose 10 M.  
Partio u. Liste 10 Pf.  
empfehlen Lotterie-Untern.  
**J. Stürmer**  
Strasbourg i. L., Langstraße 101.  
Filiale Kohl a. H., Hauptstr.  
In Karlsruhe: Carl Götz,  
Hobelstrasse 11/15.

**Verkaufe und Kaufe** fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Schmuckstücke, Pfandgegenstände, Möbel, Reisekoffer.  
**Erstes größtes An-Levy u. Verkaufsgeschäft**  
Marktgrafenstr. 22. Tel. 2015.

**Leinöl**  
roh und gefolgt, rein  
Mk. 5.60  
**Weißlack**  
für außen Mk. 2.60  
kauft samt gegen Stoffe  
**S. Roß, Stuttgart**  
Augustenstr. 6.

**Daniels Konfektions-Haus Sommermäntel**  
Mk. 8.75 an  
**Wilhelmstr. 34.**

**Brennholzverfeinerung**  
aus dem Karlsruher Stadtwald, Distrikt Oberwald, am Montag, den 22. Mai 1916, vorm. 1/2 9 Uhr, im Gasthaus zum „Schiff“ in Daglanden: 350 Eter harte Echeiter und Krügel, 6000 Wellen, 2 Kolo Schlagraum. Domänenwaldbüter Höll in Daglanden gibt nähere Auskunft.

**Chaifelongue**, neu, von 1892  
Schützenstraße 25.  
**Goethestr. 8, 4. St.** ist ein möbliertes Zimmer zu vermieten.  
1702

**Partei-Literatur** empfiehlt  
**Buchhdlg. Volksfreund**  
24 Luisenstraße 24.

**Gebrüder Scharff**  
Wir empfehlen:  
**Marmelade**  
Zweifrukt, Vierfrucht, Apfelsgelee etc.  
p. Pfd. 60 Pfg.  
Ferner vorzögl. Marmelade in Pfund-Dosen Stück 60 Pfg.  
**Citronen**  
Stück 8 u. 10 Pfg.  
**Himbeersaft**  
per Pfund 80 Pfg.  
**Bonbons**  
mit Kräuter- u. Fruchtgeschmack  
1/2 Pfd. 22 Pfg.  
1707

**Regenschirme**  
in großer Auswahl 1894  
**Wilhelmstraße 34, 1. St.**

**Wäsch- u. Kochheffel**  
Erfah für Kupfer, verschiedene Größen sind vorrätig bei 1702

**Ernst Marx**  
Herb-, Dien- und Haushaltungs-Artikel-Geschäft,  
Luisenstr. 58. Tel. 3086.

Korsetten mit nur bequemsten schönen Stg. Bessere Korsetts auch in ganz weiten Nummern St. 4 Mk. Weißes elegantes Stiderei 10 Mark. Crème, Protis-Jadenkostüm 9 Mk. 25  
Karlsruhe 25, 1 St. 1884

1700 Kleiderherb 15 M., Kleiderwagen, großer Eschtrant, Modierstuhl, Flugardrobe, billig zu verk.  
Auf. An- u. Verl. **Kronenstr. 1.**

Vett, Komp. m. Federb. 25 M., hochhäupt. u. andere Betten mit und ohne Patent, Kinderbett, Schrank, Thür, 20 M., Kommode 15 M., Waschb. 6 M., Sofa 20 M., schöner Schreibtisch, sehr billig. Ruf, An- und Verkauf, Kronenstr. 1, Möbel werden fortwährend angekauft. 1699